BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien *Nummer 73 / Jahr 7* *Wien, August 2021*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Österreich] Schuldspruch, aber keine Haftstrafe

quelle: noluckafterdark.noblogs.org



Heute, 19.7.2021, fand am Landesgericht Salzburg die Gerichtsverhandlung gegen zwei Anarchist_innen statt, denen vorgeworfen wurde, Graffiti gegen Bullen und Repression und für einen Mietstreik gesprayed zu haben.

Beide wurden verurteilt: eine Person zu 8 Monaten auf Bewährung, die andere Person zu 2 Monaten auf Bewährung, jeweils mit 3 Jahren „Probezeit". Die befürchtete unbedingte Haftstrafe ist nicht eingetreten. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Beide verweigerten während der Gerichtsverhandlung die Aussage und machten nur kurze politische Statements, die wir unten dokumentieren.

Beim Landesgericht gab es zeitgleich eine solidarische Kundgebung von ca. 35 Leuten. Gezeigt wurden Transpis mit den Inhalten „Graffiti is Class War" und „Anarchist Graffiti Solidarity."

Die beiden Angeklagten bedanken sich für die Solidarität, die sie in den letzten Wochen und Monaten erfahren haben!

„Am 11.11.2021 wurden bei der Hausdurchsuchung in meiner Wohnung Notizen zum Thema Mietstreik und anarchistische Symbole gefunden. Uns ist bewusst, dass unsere politische Haltung uns ohnehin als schuldig erscheinen lässt. Anarchistin zu sein, ist das Gegenteil von strafmildernd. Oft reicht das alleine für Verfolgung: Am selben Abend wie die Hausdurchsuchung bei mir wurde in Belarus der Blogger Nikolai Dedok in seiner Wohnung festgenommen und gefoltert, weil er Anarchist ist. Ja, ich will eine Welt, in der Eigentum nicht mehr über den Menschen steht. In diesem Sinne bin ich weder schuldig, noch unschuldig."

„Grundlegend ist die Frage des Eigentums, wem gehört die Stadt? Konzerne und Parteien mit finanziellen Mitteln kaufen sich öffentlichen Raum, um sinnlose und schädliche Produkte zu verkaufen oder Hetze zu betreiben. Ohne Geld sich im öffentlichen Raum zu äußern ist illegal. Die ganze Stadt ist voll mit Graffiti an Wänden. Vieles finde ich gut, stehe dahinter, andere find ich scheiße. Die Tags sind wichtig für den öffentlichen Raum. Weder schuldig noch unschuldig."

[Österreich] Weitere Verurteilung der Causa Rheinmetall

quelle: twitter @prozessreport



Verurteilung zu 18 Monaten Freiheitsstrafe, bedingt auf 3 Jahre (=Bewährung) wegen versuchtem Widerstand, schwerer Körperverletzung, sowie Sachbeschädigung beim Rheinmetall-Prozess in Wien. Zusätzlich muss der Betroffene knapp 4k Schmerzengeld zahlen. Urteil nicht rechtskräftig.

Im September 2019 wurden Transparente und ein Graffiti beim Rüstungskonzern Rheinmetall in Wien angebracht. Die erste Verhaftung erfolgte vor dem Firmengelände, nach einer Fahndung u.a. mit Hubschrauber wurden 3 weitere Personen aufgegriffen. Es folgten 3 Hausdurchsuchungen.

Eine Person wurde nach Deutschland abgeschoben und mit einem (mittlerweile als rechtswidrig eingestuftem) Einreiseverbot verhängt. Am ersten Prozesstag erfolgte ein Freispruch und zwei Verurteilung wegen Sachbeschädigung für drei der vier Beschuldigten.

Am heutigen 2. Verhandlungstag ging es v.a. um die Qualifizierung der Körperverletzung gegen den Polizisten, wofür eine Sachverständige geladen war. Sie stellte eine schwere Körperverletzung fest, dies führte zur Anwendung von §84 Abs 4 (höherer Strafrahmen).

Obwohl nicht nachgewiesen werden konnte inwieweit der Beschuldigte an der Rheinmetall Protestaktion (Transparente und Sprayen) beteiligt war, wurde er auch dafür verurteilt. Er äußerte sich nicht zu diesem Vorwurf, für den Richter war seine Beteiligung jedoch „naheliegend".

In Folge des Weglaufens kam es zum Zusammenstoß und der Verletzung des Polizisten. Die Verteidigung machte deutlich, dass politisch aktive Menschen nicht immer positive Erfahrungen mit der Polizei machen würden und das ein Weglaufen wie in dieser Situation nicht unüblich ist.

Solidarität mit der verurteilten Person!
Repression gegen Eine*n ist immer Repression gegen uns alle!

ANARCHIST DEFENCE FUND

ANARCHIST DEFENCE FUND

neue website!!! afund.info

Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

Aufruf zur Internationalen Woche der Solidarität mit Anarchistischen Gefangenen 23. – 30. August 2021

quelle: solidarity.international



Es existiert eine fundamentale Lüge in der kapitalistischen Gesellschaft. Ein Versprechen, das niemals wahr wird. Das Versprechen der Freiheit – man muss nur hart genug arbeiten. Jedes Mal, wenn wir über die Krise des Kapitalismus stolpern, werden wir daran erinnert. Mehr als ein Jahr mit Covid-19 liegt hinter uns. Manche sagen, dass Covid-19 eine Gesundheitskrise ist. Aber das ist es nicht! Covid-19 ist eine weitere Krise, verursacht durch den Kapitalismus. Ausgelöst durch das Verlangen nach mehr Reichtum und Wachstum. Welches fruchtbare Böden durch industrielle Landwirtschaft verseucht, Lebensraum der Menschen und Wildtiere durch die Politik der Gewinnung von Rohstoffen stiehlt, die blühende Wälder in Wüsten verwandelt. Es ist der Wahnsinn des Kapitalismus, der die Menschheit an den Rand immer neuer Grenzen treibt, wo weitere Viren auf uns warten.

Dieses Jahr brachte mehr soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit, mehr Leid, aber auch mehr Kampf. Menschen erhoben sich gegen das kapitalistische System und gegen autoritäre Regime. Die Menschen kämpften für ihre Freiheit und gegen Ausbeutung. Menschen streikten in den Fabriken und erhoben sich in den Gefängnissen gegen die autoritäre und profitorientierte Politik.

Es war ein hartes Jahr und es wird noch mehr kommen. In diesen Zeiten brauchen wir Solidarität mehr denn je – im täglichen Leben, in unseren Nachbarschaften, in unseren Communities. Aber wir sollten unsere Gefährt:innen im Gefängnis nicht vergessen, die für Freiheit und Gleichheit kämpfen. Sie erleben gerade jetzt harte Zeiten. Denn die Pandemie isoliert die Menschen im Gefängnis nur noch mehr.

Deshalb rufen wir auch in diesem Jahr wieder zur Internationalen Woche der Solidarität mit anarchistischen Gefangenen auf.

Macht eine Solidaritätsaktion, einen Bannerdrop, organisiert eine Briefe-Schreib-Ecke oder eine Filmvorführung, macht auf die Menschen in den Gefängnissen aufmerksam und lasst sie wissen, dass sie nicht allein und nicht vergessen sind.

Schickt uns ein Bild, einen kurzen Text, ein Video von Eurer Veranstaltung oder Aktion, einen Radiobeitrag – Eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Lasst uns an diejenigen erinnern, die gegen diese Ungerechtigkeit gekämpft und mit ihrem Leben bezahlt haben.
Lasst uns nicht diejenigen vergessen, die im Gefängnis sind und ihren Kampf fortsetzen.
Lasst uns weiter kämpfen!
Lasst die Reichen für Covid bezahlen!

[Griechenland] Verurteilung der Anarchist*innen Konstantina Athanasopoulou, Giannis Michailidis und Dimitra Valavani

quelle: anarchistnews.org, übersetzt von abc wien



Am 29. Juni fand die letzte Anhörung im Prozess gegen Konstantina Athanasopoulou, Giannis Michailidis und Dimitra Valavani statt, die am 29. Januar 2020 in Agia Paraskevi (Großraum Athen) verhaftet wurden. Die Urteile lauten wie folgt:

Giannis Michailidis: 26 Jahre (zusammengelegt auf 20 Jahre)

Konstantina Athanasopoulou: 2 Jahre und 6 Monate

Dimitra Valavani: 2 Jahre und 6 Monate

Dimitra Valavani wurde am 30. Juni aus der Haft entlassen.

Giannis Michailidis und Konstantina Athanasopoulou bleiben in Haft.

Vor der Verhaftung im Januar 2020 war die Gefährtin Konstantina Athanasopoulou auf freiem Fuß. Sie wurde am 5. Januar 2017 im Rahmen einer Repressionsmaßnahme gegen die Organisation Revolutionärer Kampf (Επαναστατικού Αγώνα, Epanastatikòs Agonas, EA) verhaftet, bei der auch die Gefährtin Pola Roupa verhaftet wurde. Nach der Verhaftung erklärte sie ihre Beteiligung an der EA. Nachdem sie gegen Kaution freigelassen worden war, wurde sie 2019 in einem der Prozesse gegen die Organisation in Abwesenheit zu 35 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Sie ist derzeit im Berufungsverfahren des Prozesses angeklagt, in dem auch Nikos Maziotis und Pola Roupa, Mitglieder der EA, angeklagt sind.

Giannis Michailidis war im Juni 2019 aus dem ländlichen Gefängnis von Tyrintha geflohen. Er war im Februar 2013 zusammen mit drei anderen Anarchist*innen wegen eines bewaffneten Doppelraubs in Velventos (Region Kozani) verhaftet worden und wurde am Ende des Prozesses zu 16 Jahren und 4 Monaten Haft verurteilt. Darüber hinaus verbüßte er eine weitere Strafe für eine Schießerei mit der Polizei in Pefki (Region Athen) im Mai 2011. Bei einer Kontrolle waren zwei Polizist*innen erschossen worden. Der Anarchist Theofilos Mavropoulos, der ebenfalls verletzt wurde, wurde festgenommen, während Giannis Michailidis durch den Diebstahl eines Polizeiautos entkommen konnte. Für diese Tat wurde er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Folgenden finden Sie die Adressen von G. Michailidis und K. Athanasopoulou:

Giannis Michailidis [Γιαννης Μηχαιλιδης]
Malandrinou-Gefängnis [Κ. Κ. Μαλανδρίνου]
T. K. 33053 Malandrino, Fokidas – Griechenland

Konstantina Athanasopoulou [Κωσταντινα Αθανασοπουλου]
Dikastiki Fylaki Eleonas
T. K. 32200 Theben – Griechenland

REVOLUTIONÄRE SOLIDARITÄT MIT INHAFTIERTEN ANARCHIST*INNEN!

[UK] Unterstützt Ryan

quelle: bristolabc.wordpress.com, übersetzt von abc wien



Ryan Roberts befindet sich derzeit in Untersuchungshaft im Gefängnis von Bristol. Er wurde nach der Konfrontation mit der Polizei auf dem Polizeirevier Bridewell in Bristol festgenommen. Er wurde wegen Aufruhrs und Brandstiftung angeklagt.

Er würde sich sehr über Briefe freuen. Bitte schreibt an ihn unter:

Ryan Roberts
HMP Horfield
19 Cambridge Road
Bristol
bs7 8ps
Prison number A5155EM
UK

[Deutschland] Thomas Meyer-Falk: Neustart in der JVA Freiburg nach den Corona-Maßnahmen



Im Zuge der weltweiten Pandemie wegen des Sars-CoV-2 Virus wurden auch in der in Südbaden gelegenen Haftanstalt massive Einschränkungen eingeführt, welche nun sukzessive gelockert werden.

Die Einschränkungen

Vor über einem Jahr fing es an mit frühzeitigem „Nachteinschluss“ in den Zellen um 15.45 Uhr. Besuche wurden reduziert und dann ganz untersagt, bis zumindest Skype-“Besuche“ als Kompensation eingeführt wurden. Ausführungen, d.h. das von Bediensteten bewachte Verlassen der Anstalt für ein paar Stunden wurde reduziert und schließlich im Spätherbst 2020 gänzlich ausgesetzt. Nicht nur, dass dadurch die Lebensqualität beeinträchtigt wurde, auch die Erprobung in einem freieren Umfeld wurde damit unmöglich. Freizeitgruppen in der Abendzeit finden auch schon lange nicht mehr statt. Ende 2020 wurden die vier Stationen Sicherungsverwahrung dann auch von den Arbeitsbetrieben der Strafhaft abgekoppelt, was auch mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden war, denn eine Lohnfortzahlung oder Kurzarbeitergeld gab es hier nicht (andere Bundesländer waren in diesem Punkt großzügiger und kompensierten zumindest teilweise die entsprechenden Ausfälle). Und große Teile der Therapieprogramme ruhten über Monate, bis die Anstalt dann Therapiegespräche via Bildtelefonie einführte.

Die Rücknahme von Einschränkungen

Nachdem am 23.06.2021 die Zweitimpfung der Insassen (mit Moderna) erfolgte, werden nun im Bereich der Abt. Sicherungsverwahrung seit dem 07.07.2021 die Hafträume wieder bis 22 Uhr geöffnet. Ab dem 12.07.2021 sollen zudem die in den zurückliegenden Monaten ausgefallenen Ausführungen nachgeholt werden.

Ab wann die von Ehrenamtlichen geleiteten abendlichen Freizeitgruppen wieder stattfinden sollen, ist noch unklar.

Besuche finden in beschränktem Umfang auch wieder statt. Die BesucherInnen und Insassen haben einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und es besteht ein strenges Berührungsverbot.

Bewertung

Die erheblich in den Haftalltag eingreifenden Maßnahmen, ob nun intern, durch früheren Zelleneinschluss und keinerlei ehrenamtliches Freizeitangebot, aber auch nach außen hin, was die Pflege von sozialen Beziehungen zu FreundInnen und Angehörigen anbetrifft, haben zumindest dazu geführt, dass es in der JVA Freiburg keinen Massenausbruch von Corona-Infektionen gegeben hat. Diesbezüglich sah es in anderen Gefängnissen, ob Deutschlands oder auch weltweit, wesentlich schlimmer aus. Jedoch haben die Restriktionen ihren Preis. Vereinsamte Gefangene, eine hohe Belastung für die oft nur spärlichen sozialen Beziehungen. Eine Verlängerung der Dauer der Inhaftierung ist offenbar unausweichlich, da therapeutische Maßnahmen und Vollzugslockerungen über Monate ruhten. Partiell entlud sich der angestaute Frust auch in Gewalt.

Eine öffentliche Diskussion der besonderen Lebenslage gefangener Menschen zu Pandemiezeiten fand nur sehr, sehr vereinzelt statt. Letztlich wurde zum altbekannten Verwahrvollzug zurück gekehrt. Baden-Württemberg erwies sich auch in materieller Hinsicht als besonders geizig. Während es beispielsweise in Hessen einen monatlichen „Corona-Zuschuss“ von 40 € für die Inhaftierten gab, wurde in Baden-Württemberg lediglich einige wenige Male auf die Erhebung von Stromkosten und Kosten für Mietfernseher und Kabelanschluss verzichtet. Ansonsten durften sich die gefangenen Menschen zwar zusätzlich Gelder von außerhalb der Haftanstalt einzahlen lassen, aber es ist allgemein bekannt, dass Gefangene oftmals aus den unteren sozialen Schichten kommen, wo es vielfach kaum möglich ist, solche Zahlungen von Dritten zu erhalten.

Die oben erwähnte Nachholung von Ausführungen im Bereich der Freiburger Sicherungsverwahrung erweist sich auch als problematisch, denn es werden lediglich 2,5 Stunden als „Ersatz“ gewährt, was gerade einmal reicht, etwas durch die Innenstadt u spazieren und hastig, sofern gewünscht, einzukaufen. Andere Bundesländer sind da weiter, so werden bspw. in Sachsen Strafgefangene in Dresden seit Monaten zu Ausführungen in die Stadt gelassen. Auch die Sicherungsverwahrten aus Bautzen berichten über Ausführungen. Die Ausführungen sollen, so das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 04.05.2011 den Verwahrten helfen, den Bezug zur Freiheit zu erhalten und schädlichen Wirkungen des lang dauernden Freiheitsentzugs entgegenwirken. Wie das 150 Minuten Spaziergang vor den Mauern bewerkstelligen sollen, dies bleibt wohl ungeklärt.

Verglichen freilich mit Haftbedingungen in anderen Staaten mutet das zwar wie ein Luxusproblem an, dessen ungeachtet erweist sich die Losung vom „Resozialisierungsvollzug“, mit welcher sich das hiesige Justizsystem schmückt, als hohle Phrase.

Thomas Meyer-Falk
z.Zt. JVA (SV)
Herman-Herder-Str. 8
D-79104 Freiburg
Deutschland

https://freedomforthomas.wordpress.com

ANARCHISTISCHES RADIO
in Wien jeden Sonntag 20:00 bis 21:00 Uhr auf FM 94.0 (Radio Orange)
in Graz jeden Mittwoch, 22:00 bis 23:00 Uhr auf FM 92,6 (Radio Helsinki)
immer und überall auf www.a-radio.net

[Chile] Update zu Monica Caballero und Francisco Solar

quelle: actforfree.noblogs.org, übersetzt von abc wien

THE ONLY POSSIBLE DIALOGUE WITH THE POWER IS THE ATTACK
UNRESTRICTED SOLIDARITY WITH MÓNICA AND FRANCISCO
And it is by this means of anarchic combat from where we contribute to the spread of the revolt, betting on taking confilctivity to unexpected limits, denying in fact any peace and constitutional agreement that seeks to direct our lives.
ANARQUIA.INFO

Die Anarchist*innen, die am 24. Juli 2020 überfallen, verhaftet, festgesetzt und inhaftiert wurden und sich seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft befinden, hatten am vergangenen Mittwoch, den 14. Juli, eine Anhörung zur Überprüfung der Anklage durch den Staatsanwalt Claudio Orellana.

Während der virtuellen Anhörung hielt die Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Verbrechen gemäß dem Waffenkontrollgesetz, dem Strafgesetzbuch und der Militärjustiz aufrecht. Dieser Schritt ist eine Reaktion auf eine genauere Klärung der Anklageschrift, um dem Prozess mehr Kohärenz zu verleihen, und ist Teil der Verfahren im Hinblick auf die Überprüfung der Frist für die Untersuchung im August.

Monica ist im Gefängnis von San Miguel und Francisco im Gefängnis von Rancagua inhaftiert.

[USA] Eric King: Eine Nachricht aus der abgesonderten Hafteinheit des FCI Englewood & Updates

quelle: suppportericking.org, übersetzt von abc wien







Heute war ich über sieben Stunden lang in einem kleinen, fensterlosen Raum mit asbesthaltigen Wänden eingesperrt, die auf einen schmutzigen Boden bröckelten. Ich durfte den Raum nur einmal verlassen, um auf die Toilette zu gehen. Ich durfte weder Wasser noch Essen zu mir nehmen oder mein Handy benutzen, um jemanden zu informieren, ob es mir gut geht oder nicht.

Ein kleines Metallregal, etwa so groß wie ein Laptop, ist an einer der Wände des Raums angebracht. Über dem Regal befindet sich ein Fenster aus Plexiglas, das in einen ebenso großen Zementraum führt, in dem unser Mandant, Eric King, sitzt und mir den Rücken zuwendet. Ich befinde mich im Besuchsraum für Anwält*innen in der abgesonderten Hafteinheit (SHU) der Englewood Federal Correctional Institution außerhalb von Denver, Colorado.

Eric ist ein antirassistischer und antifaschistischer Anarchist, der eine zehnjährige Haftstrafe wegen einer Protestaktion gegen den Mord an Michael Brown verbüßt, einem 18-jährigen Schwarzen, der 2014 in Ferguson, Missouri, von der Polizei getötet wurde. Er soll 2023 entlassen werden. In einem Bundesgefängnissystem voller „Rassentrennung“, weißer rassistischer Banden und brutaler Gewalt war Erics Haftzeit der Stoff, aus dem die Albträume von Aktivist*innen sind. Einige Gefängniswärter*innen und „White Power“-Gefangene arbeiten zusammen, um sich an Gefangenen wie ihm zu rächen – „Rassenverräter*innen“, LGBTQIA-Personen und nicht der Normgröße entsprechende Menschen, die sich stolz offen, auch an ihren Tätowierungen erkennbar, gegen Faschismus stellen.

Eric wurde von Wärter*innen in einem Käfig zurückgelassen, um vom Anführer einer berüchtigten weißen Rassistengang verprügelt oder getötet zu werden; er wurde reingelegt; mindestens ein Dutzend Mal schwer verprügelt; ihm wurde von einem Wärter der Schädel eingeschlagen und er wurde bewusstlos geprügelt; und er wurde in eine Putzkammer gebracht und von einem Gefängniswärter, der vor dem ersten Schlag schrie „Terroristen haben meine Tochter getötet“, mehrfach ins Gesicht geschlagen. Eric wurde dann mit Vier-Punkt-Fesseln an ein Metallbett geschnallt, während mehrere Wärter*innen ihn schlugen und einer ein Schild benutzte, um ihm die Luft abzudrücken, während er zischte: „Ich hoffe, du wirst in deiner nächsten Anstalt vergewaltigt oder verprügelt“. Und tatsächlich wurde er verprügelt… während die Wärter*innen zusahen. Gegen Eric läuft derzeit ein Verfahren wegen Körperverletzung auf Bundesebene, weil er den BOP-Lieutenant in Notwehr geschlagen haben soll. Er wartet nun schon seit fast drei Jahren auf eine Verhandlung zu dieser Anklage. Sollte er verurteilt werden, könnte sich diese Hölle noch um mehrere Jahre verlängern.

Vor etwa einem Jahr hat das CLDC (Civil Liberties Defense Center, Zentrum zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten) Erics Strafverfahren übernommen. Nachdem wir die Beweise durchgelesen und die Überwachungsvideos gesehen hatten – die anscheinend so bearbeitet wurden, dass mehrere Folterphasen entfernt wurden – wussten wir, dass wir versuchen mussten, Eric am Leben zu halten, bis er zu seiner Frau und seinen Töchtern zurückkehren kann. Vor zwei Monaten reichten wir in seinem Namen eine Zivilklage auf Bundesebene ein. Mehr über das Trauma und die Misshandlungen, die Eric erlitten hat, und über unsere Klage in seinem Namen können Sie hier lesen.

Neben Erics Strafverfahren bearbeitet unser kleines Anwält*innenteam auch mehrere andere wichtige Fälle im Zusammenhang mit der #BLM (Black Lives Matter) Bewegung, darunter mehrere bundesstaatliche Strafverfolgungen. Diese Klient*innen sind größtenteils junge BIPOC-Aktivist*innen (Black, Indigenous and People of Color), die auch in der antirassistischen/antifaschistischen Bewegung verwurzelt sind. Für den Fall, dass eine*r von ihnen zu einer Haftstrafe auf Bundesebene gezwungen wird, müssen wir versuchen, diesen Ort überlebensfähig zu machen, indem wir zumindest Licht in das verdeckte System von Rassismus und Missbrauch bringen, das innerhalb des BOP seit langem grassiert. Es ist notwendig, die Abschaffung des industriellen Gefängniskomplexes und des Knaststaates zu fordern, um diese ungeheuerlichen Missstände dauerhaft zu beenden. Wir müssen auch versuchen, unsere Gefährt*innen sicherer zu machen, wenn sie auf sich allein gestellt versuchen, in den Betonmauern der Gefängnisse zu überleben, in denen einige Gefängnisangestellte ungestraft handeln.

Nach einem langen Tag, an dem ich mir Erics erschreckende, tragische Geschichte der Inhaftierung angehört habe, werde ich morgen für weitere acht Stunden in die winzige, verdreckte Anwaltszelle zurückkehren. Natürlich bin ich dankbar, dass ich am Ende des Tages gehen kann, aber ich mache mir große Sorgen um unseren Mandanten und Freund, der fast jede Minute um sein Leben fürchtet.

Wenn ihr unsere juristische Verteidigung von antirassistischen und antifaschistischen Aktivist*innen und politischen Gefangenen unterstützen wollt, erwägt bitte, eine monatliche Spende für das CLDC zu leisten. Der Beitrag trägt dazu bei, die Kosten zu decken, die uns durch die Übernahme dieser Pro-bono-Fälle entstehen. Dank der großzügigen Spenden werden unsere aktivistischen Klient*innen nie abgewiesen, wenn sie nicht in der Lage sind, die Prozesskosten zu bezahlen.

Updates

Dies ist nicht die Art Nachricht, auf die wir gehofft hatten: am 07. Juli 2021, nachdem Erics Kommunikationsbeschränkungen abgelaufen waren, hat das SIS (Special Investigation Services) vom FCI1 Englewood ihm mitgeteilt, diese Beschränkungen zu erneuern. Für weitere 6 Monate wird Eric nicht in der Lage sein, mit jemandem außerhalb seiner Familie zu kommunizieren. Dies bringt ihn auf insgesamt eineinhalb Jahre, in denen er von der Öffentlichkeit abgeschottet wird, wenn diese neue Einschränkung endet. Wie die letzten beiden Sperren kommt auch diese ohne viel Erklärung, außer einer allgemeinen Aussage darüber, dass seine Kommunikation eine Bedrohung für die Einrichtung und die Öffentlichkeit darstellen könnte.

Es ist eine seltsame Vorgehensweise des BOP[2], einem Gefangenen die einzige Möglichkeit der Kommunikation mit der Welt zu entziehen, 2 Monate nach Beginn einer globalen Pandemie. (Obwohl er für Besuche zugelassen war und der CARES Act ihm erlaubte, diese über das Telefon durchzuführen, hat FCI Englewood seine ersten gelegentlichen Anrufe erst fast ein Jahr später ermöglicht.) Die Pandemie brachte statt Verständnis nur Isolation und ein Leben mit ständigen Angriffen durch die Bundesbeamten im FCI Englewood.

Dies ist ein typischer Schritt, wenn es um einen Gefangenen geht, den das FBI zum Schweigen bringen will, es ist der komplette Entzug von seiner Gemeinschaft und der Außenwelt.

1: FCI: Federal Correctional Institution, Bundesgefängnis
2: BOP: Federal Bureau of Prisons, Bundesamt für Gefängnisse

In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:
23. - 30.08.2021 Woche der Solidarität mit anarchistischen Gefangenen

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
https://www.abc-wien.net/

[UK] We are proud of those who fought back against the police

quelle: bristolabc.wordpress.com, übersetzt von abc wien



Ein Statement von Bristol Anarchist Black Cross und Bristol Defendant Solidarity

Am Freitag, den 30. Juli, wurden fünf Personen zu insgesamt über 14 Jahren Haft verurteilt. Vier Personen erhielten Strafen von über drei Jahren wegen Ausschreitungen.

Diese fünf Personen sind die ersten, die wegen der Konfrontation mit der Polizei vor dem Polizeirevier Bridewell bei der „Kill the Bill"-Demonstration am 21. März zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Es wurden jedoch mehr als 75 Personen verhaftet, von denen nun 28 angeklagt wurden. Drei Personen befinden sich derzeit in Untersuchungshaft.

Die Strafen lauten:
BL 3 Jahre 11 Monate
KA 3 Jahre 6 Monate
SQ 3 Jahre 3 Monate
KS 3 Jahre 6 Monate
YS 5 Monate

Was am 21. März geschah, war ein Ausbruch von Wut gegen die Gewalt der Polizei. Die Menge schlug zurück, nachdem Polizeibeamt*innen die Menge mit Schlagstöcken und Schutzschilden angegriffen hatten. Pfefferspray wurde wahllos eingesetzt, Menschen wurden mit Polizeipferden angegriffen. Die Demonstrant*innen wehrten sich und nahmen Polizeischilde, Helme und Schlagstöcke an sich, um sich zu verteidigen. Am Ende des Abends wurden mehrere Polizeifahrzeuge in Brand gesetzt.

Wir schreiben diese Erklärung, um deutlich zu machen, dass wir die heute Verurteilten unterstützen und stolz auf sie sind, weil sie sich gewehrt haben. Wir müssen bereit sein, uns gegen die Polizei zu verteidigen und uns an die Seite derjenigen zu stellen, die Repression und Kriminalisierung ausgesetzt sind.

Communities in ganz Großbritannien sind jeden Tag mit Gewalt durch die Polizei konfrontiert, aber sie nennen es nur Gewalt, wenn wir uns wehren!

Die Demonstration am 21. März richtete sich gegen den Gesetzentwurf zu Polizei, Gerichten und Strafvollzug („Police, Courts and Sentencing Bill"), der darauf abzielt, der Polizei noch mehr Befugnisse zur Unterdrückung politisch Andersdenkender zu geben, und der die Lebensweise der Romanichal, Roma und Traveller Communities im Vereinigten Königreich zerstören wird. Diejenigen, die im gesamten Vereinigten Königreich gegen den Gesetzentwurf gekämpft haben, wehren sich gegen das wachsende Ungleichgewicht zwischen Staat und Bevölkerung und gegen die weitere Kriminalisierung einer der am stärksten marginalisierten Communities im Vereinigten Königreich.

Die Zusammenstöße mit der Polizei am 21. März ereigneten sich vor dem Hintergrund wachsender Wut und Aktionen gegen die rassistische, klassistische und frauenfeindliche Gewalt der britischen Polizei und der Reaktion der Regierung auf die Coronavirus-Pandemie, die das Vereinigte Königreich zu einem der am stärksten betroffenen Länder machte. Die Hauptlast der Covid-19-Krise haben die arbeitenden Menschen und diejenigen, die von der Regierung als entbehrlich angesehen werden, zu spüren bekommen.

Bristol war im vergangenen Jahr ein Brennpunkt der Black-Lives-Matter-Proteste im Vereinigten Königreich, als über 10 000 Menschen durch die Stadt marschierten und die Statue des Sklavenhändlers Edward Colston umstürzten, bevor sie sie in den Fluss warfen – eine Aktion, die von Antirassist*innen in den USA inspiriert worden war. Ähnliche Aktionen fanden in der ganzen Welt gegen andere Denkmäler von Kolonialherren im Rahmen einer Welle von antirassistischer Organisierung statt. Doch die rassistische Gewalt der Polizei geht unvermindert weiter. In diesem Jahr starben zwei Schwarze Männer – Mohamud Hassan und Mouayed Bashir -, nachdem sie in Cardiff und Newport in Polizeigewahrsam genommen worden waren. Das ist nichts Neues: Seit 1990 gab es im Vereinigten Königreich 1789 Todesfälle in Polizeigewahrsam. Und in Bristol ist die Wahrscheinlichkeit, als Schwarze*r von der Polizei angehalten und durchsucht zu werden, siebenmal höher.

Während des gesamten März 2021 – in den Wochen vor der „Kill the Bill"-Demonstration am 21. März – fanden wöchentliche Mahnwachen für Sarah Everard statt, die von einem Beamten der Met Police ermordet worden war.

Das Polizeigesetz zielt darauf ab, diejenigen, die sich gegen Polizeigewalt wehren, weiter zu kriminalisieren, indem die Höchststrafe für einen Angriff auf eine*n Polizeibeamt*in verdoppelt wird, während die Polizei ungestraft Gewalt anwenden und sogar töten kann. Die Strafen für die Beschädigung von „nationalen Denkmälern" wie Statuen von Sklavenhändlern werden auf maximal 10 Jahre Gefängnis erhöht.

Der Gesetzentwurf zielt auch darauf ab, die Zahl der Gefängnisinsass*innen im Vereinigten Königreich massiv zu erhöhen. Gegenwärtig werden die meisten Menschen nach Absitzen der Hälfte ihrer Strafe aus dem Gefängnis entlassen. Wenn der Gesetzentwurf verabschiedet wird, müssen sie zwei Drittel ihrer Strafe absitzen, und die Gerichte erhalten mehr Befugnisse, lange Haftstrafen gegen Personen unter 18 Jahren zu verhängen. Diese Maßnahmen, mehr Menschen einzusperren, gehen Hand in Hand mit den Plänen des Staates, 20.000 zusätzliche Polizist*innen einzustellen, sechs neue Mega-Gefängnisse zu bauen und 18.000 weitere Gefängnisplätze im Vereinigten Königreich zu schaffen.

Die Policing Bill ist ein Versuch des Staates, seine repressiven Befugnisse zu erweitern, um unsere Communities anzugreifen und noch mehr von uns einzusperren. Unsere Bewegungen müssen ihre eigene Stärke aufbauen, um sich zu verteidigen und zurückzuschlagen, wie es die „Kill the Bill"-Verteidiger*innen aus Bristol am 21. März getan haben.

Wie wir gesehen haben, wird Bristol nicht tatenlos zusehen. Die Menschen in dieser Stadt wissen, wie man Widerstand leistet. Wir müssen uns organisieren, um die Inhaftierten zu unterstützen, aber dafür brauchen wir die Unterstützung von Gefährt*innen ganz Großbritannien und der ganzen Welt. Bitte erwägt eine Spende für unseren Crowdfunder hier:

www.gofundme.com/f/ktb-prisoner-support-fund



[Belarus] Update zur Situation bezüglich der Repressionen, Juni 2021

quelle: abc-belarus.org, übersetzt von abc wien

Seit dem Beginn der Proteste in Belarus, die durch gefälschte Wahlen ausgelöst wurden, sind fast 11 Monate vergangen. Viele unserer Gefährt*innen wurden inhaftiert, viele mussten aus dem Land fliehen, öffentliche Aktivitäten sind nicht nur für Anarchist*innen, sondern für alle regimekritischen Vereinigungen und Gruppen eingeschränkt. Im Folgenden findet ihr ein kurzes Update zur Situation bezüglich der Repressionen in Belarus mit dem Fokus auf Anarchist*innen und Antifaschist*innen.

Repression gegen Anarchist*innen und Antifaschist*innen

Aliaksandr Frantskevich wurde eines weiteren Verbrechens angeklagt – Anstiftung zu Hass oder Feindseligkeit. Dies ist der fünfte Artikel des Strafgesetzbuches, der ihm zur Last gelegt wird. Frühere Anklagen umfassen die Organisation, Teilnahme und Ausbildung anderer für Massenausschreitungen und die Teilnahme an einer internationalen kriminellen Organisation. **ABC-Belarus unterstützt Frantskevich kritisch in begrenztem Umfang.*

Die Antifaschisten Vladislav Zenevich und Igor Bancer wurden zur Verbüßung ihrer Strafe in eine offene Strafvollzugsanstalt verlegt. Ihre neuen Adressen findet ihr auf ihren persönlichen Seiten.

Der Antifaschist Andrei Kasimirow, der in einer Haftanstalt in Moskau auf seine Auslieferung wartet, wurde in Russland als politischer Gefangener anerkannt. Gegen seinen Auslieferungsentscheid wurde Berufung eingelegt.

Der Telegram-Kanal und die Gruppe oder das Medienkollektiv Pramen gelten nun offiziell als extremistisch. Vor ein paar Jahren wurden ihre Website www.pramen.io und andere soziale Medien in Belarus blockiert, aber Menschen können über VPN oder Tor darauf zugreifen. Sie haben kürzlich eine Broschüre mit einer Analyse der Proteste im Jahr 2020 übersetzt.

Vier Personen wurden 10 Tage lang in Grodno festgehalten und nach Minsk gebracht, weil sie verdächtigt wurden, an einer internationalen anarchistischen kriminellen Organisation beteiligt zu sein. Sie wurden später mit Reisebeschränkungen freigelassen.

Am 2. Juli wurden vier Minsker Antifaschist*innen verurteilt, denen die Teilnahme an Massenausschreitungen und der Angriff auf Polizisten in Zivil vorgeworfen wurde.

Drei von ihnen berichteten, dass Gewalt und Folter gegen sie angewandt wurden, um Geständnisse zu erpressen. Vitaly Shishlov und Denis Boltut bekamen 6 Jahre Haft, Timur Pipiya – 6 Jahre und 3 Monate, Tamaz Pipiya – 5 Jahre Gefängnis.

Am 29. Juni begann der Prozess gegen den anarchistischen Blogger Mikola Dziadok. Ihm wird grober Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, Aufruf zum Regimewechsel via Internet und Besitz von Molotowcocktails (er sagt, sie seien bei der Durchsuchung platziert worden) vorgeworfen. In einer Anhörung gab Mikola einen detaillierten Bericht über die Folter und Gewalt, die während der Haft gegen ihn angewandt wurden, um Passwörter für verschlüsselte Geräte zu erpressen.

Aktivist*innen, die aus Angst vor Repressionen nach Polen ausgewandert sind, berichteten, dass sie von der örtlichen politischen Polizei besucht wurden und gewarnt wurden, dass der weißrussische KGB ihre persönlichen Informationen mit polnischen Rechten teilt. Die Besucher boten „Schutz" an und baten darum, über jegliche Aktivitäten von Anarchist*innen und Antifaschist*innen in Polen zu berichten. Die Aktivist*innen lehnten ab und machten die Informationen öffentlich.

Repression im Allgemeinen

Unsere Liste der inhaftierten und verfolgten Demonstranten beläuft sich auf 900 Personen. Die internationale Reaktion auf die Entführung eines Ryanair-Flugzeugs durch Lukaschenko, um einen gesuchten Journalisten und seine Partnerin zu verhaften, folgte in Form von Sanktionen und Flugverbot nach und aus Belarus. Im Moment ist es fast unmöglich, aus dem Land zu fliegen. Aufgrund der Coronavirus-Beschränkungen dürfen Einwohner*innen das Land nicht auf dem Landweg verlassen (mit Ausnahme einer Reihe von Gründen wie Arbeit, Studium, Krankheit usw.). Gute Transportverbindungen gibt es nur noch mit Russland.

Es wird berichtet, dass in den provisorischen Haftanstalten, in denen die Verhafteten festgehalten werden, gefoltert wird – die Menschen erhalten keine Laken oder Matratzen, werden des Schlafes beraubt und mit Chlor vergiftet, das auf den Boden geschüttet wird. Sie können keine Lebensmittelpakete von draußen erhalten.

Menschen, die zur Verbüßung ihrer Strafe dorthin geschickt werden, berichten von schlechter Behandlung und Bestrafung. Anwält*innen können ihre Mandant*innen wochenlang nicht sehen, Angehörige sind besorgt. Wenn Verurteilte versuchen, in Berufung zu gehen, werden ihre Urteile manchmal härter.

Zur gleichen Zeit, nachdem die Sanktionen verhängt wurden, begann Lukaschenko das gleiche Spiel wie immer zu spielen und bot einigen politischen Gefangenen an, ein Gnadengesuch zu schreiben. Raman Pratasevish und Sofia Sapega, deren Verhaftung für Aufregung sorgte, wurden in Hausarrest versetzt, aber die KGB-Agenten bleiben mit ihnen in einer Mietwohnung.

Es wurden neue Änderungen des Strafgesetzbuches verabschiedet, die die Regeln für die Anrechnung von Tagen in der Untersuchungshaft auf die Haftzeit änderten. Jetzt zählt ein Tag in Untersuchungshaft als 1,5 Tage Haft in einem Gefängnis und 2 Tage in einer Justizvollzugsanstalt des offenen Typs.

Allein im Juni wurden 125 Personen wegen politischer Anschuldigungen verurteilt.

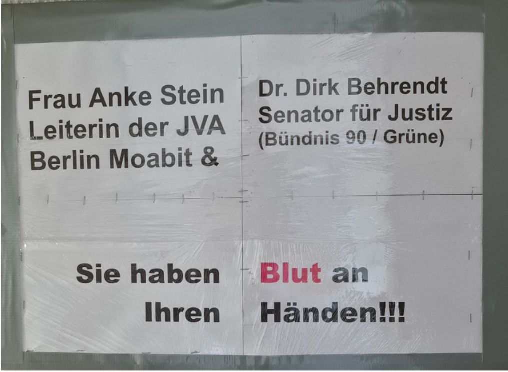
Was passiert mit dem Protest?

Im Allgemeinen haben die meisten Menschen jetzt Angst, auf die Straße zu gehen, daher beschränken sich die Aktivitäten meist auf kleinere symbolische Aktionen in den Stadtvierteln. Gleichzeitig wird viel daran gearbeitet, internationalen Druck auf das Regime auszuüben, z.B. Sportveranstaltungen abzusagen, Belarus von der Eurovision auszuschließen, Druck auf Unternehmen auszuüben, nicht mit dem Regime zu kooperieren. Spezielle Teams arbeiten an der Zusammenarbeit mit Staatsangestellten aus verschiedenen Institutionen, die eine Veränderung wünschen, oder versuchen, alle Arbeiter*innen zu vereinen und sie auf einen landesweiten Streik vorzubereiten.
Die Opposition hat einen „Plan des Sieges" verkündet, der vorsieht, dass sich Menschen, die das Regime nicht unterstützen, als handlungsbereite Demonstrant*innen registrieren lassen und Angaben über ihren Beruf etc. machen. Die Initiator*innen hoffen, einen Pool von Menschen aus allen Lebensbereichen zu bekommen, um später daraus Affinitätsgruppen zu bilden, die auf gemeinsamen Arbeitsplätzen oder Fähigkeiten basieren.

ABC-Belarus unterstützt Anarchist*innen und Antifaschist*innen, die von der Verfolgung betroffen sind. Auf https://abc-belarus.org/?page_id=8661&lang=en findet ihr die Kontodaten um zu spenden.

[Deutschland] Auswertung der Gedenkkundgebung und Demo „Laut, wütend und offensiv gegen Knäste" von Angehörigen und einem Ex-Gefangenen

quellen: criminalsforfreedom.noblogs.org



Angehörige eines Gefangenen aus Moabit und ein Ex-Gefangener schildern ihre Eindrücke von der Gedenkkundgebung für Ferhat Mayouf und der Demonstration „laut, wütend und offensiv gegen Knäste" am 23.07.21.

Erster Todestag von Ferhat Mayouf.

Freitag war mal wieder Demo angesagt und ich finde es gut, dass die Stadt nicht in den Dauerschlaf fällt. Sie sollte in regelmäßigen Abständen wachgerüttelt werden. Gestern war nun der Tag der Tage an denen sie nicht pennen konnte und durfte.

Wir trafen uns mit einem Überlebenden des Knastes Moabit. Leidensgenossen von Kay, dieser sagte uns es wäre seine erste Gedenkkundgebung/Demo. Es sollte noch ein Weiterer hinzukommen, aber diese durfte kurzzeitig in seine Heimat reisen. Wir wissen alle Familie geht vor, damit entschuldigt.

Im Vorfeld bastelten wir Erinnerungsstücke für Ferhat. Plakate von der Demo. Wir fuhren früher los um mehr Zeit im Vorfeld zu haben. Wir trafen Kay seinen

Kumpel und quatschten erst mal. Trotz Havarie in seinem persönlichen Umfeld kam er. Ein sehr liebenswerter junger Familienvater. Wir sprachen erst mal über seine Haftzeit und er erzählte uns von einigen Schikanen, rassistischen Vorurteilen und Repressionen die er im Knast über sich ergehen lassen musste. Sie kamen uns alle bekannt vor, wichen nur geringfügig von Kay seinen Erzählungen ab. Sie haben anscheinend im Knast eine Liste für Foltermethoden an den Insassen. Wir liefen los und suchten unsere Freunde. Schnell gefunden und erst mal herzlich begrüßt. Kay sein Leidensgenossen vorgestellt, ich nenne ihn mal E.!

Durch die Havarie musste E. des Öfteren telefonieren um die Reparaturen zu koordinieren und ging deswegen ein wenig zur Seite. Wir ließen ihn aber nicht aus den Augen. Standleitung zu Kay war ON, er war live dabei. Die Gedenkkundgebung begann dann auch mit kleinerer Verzögerung. Über den Lauti wurden Beiträge verlesen und angebrachte Stimmung erzeugt. Ich sah mich um und war erstaunt, wie viele doch um uns herum standen und lauschten. Mein Mann redete mit einem Passanten und erklärte ihm worum es denn hier ginge. Wie immer waren alle auf ihren eigenen Coronaschutz bedacht, Abstände wurden eingehalten und FFP2 Masken getragen. Ich erkundigte mich immer wieder wie es E. ginge. Er fand es großartig und war begeistert.

Dann liefen wir los, Tempo war gut. Diesmal hatte ich anständiges Schuhwerk an und konnte mithalten. Der Zug war laut, sehr laut, aggressiv und die Akzeptanz untereinander war enorm. Kein Geschubse und Gedrängel, Parolen wurde gerufen und auch gehört. Anwohner standen am Fenster staunten und klatschten. Je näher wir dem Knast kamen umso ruhiger wurde E. Ich achtete nun darauf, dass er in unsere Nähe blieb. Kurz vor dem Knast gab es ein überraschendes Feuerwerk, hat gepasst und alle staunten. Breites Grinsen in unseren Gesichtern und E. sagte mir, dass das die Inhaftierten auch hören und sehen würden. Ich beobachtete das Feuerwerk und seine ganze Pracht über die Fenster der oberen Etagen der Häuser. Es war schön und lange, einfach genial. Es wurde abgefeiert und bejubelt von der Masse. Am Knast mussten wir kurz innehalten, war perfekt für uns. Passende Parolen wurden gerufen, die Insassen feierten dieses ab. Auch hier wieder stark, laut, dennoch solidarisch mit Ihnen. E. hielt inne und ich merkte er hat zu kämpfen. In diesem Moment hatte er Flashbacks und die Erinnerungen waren nicht schön. Gänsehaut breitete sich aus und das Bedürfnis nach Nähe und Wärme erfüllten ihn. Es gab aber auch angenehme Situationen im Knast, logischerweise nur unter den Inhaftierten. Vor kurzer Zeit saß er noch da drinnen und wusste nicht, ob es ein Morgen nach jeder Nacht für ihn geben wird.

In ihm herrschte nun ein Gefühlschaos, er beschrieb uns die Örtlichkeiten um sich ein wenig abzulenken. E. weiß, es sitzen noch viele seiner Freunde dort drinnen und diese bangen weiterhin um ihr Überleben. E. hatte sich vorgenommen, nach seiner Entlassung, sich gutes Essen schmecken zu lassen. Das ist ein einfacher

Forsetzung nächste Seite unten -->

[Deutschland] Erste Erkenntnisse aus über einem Jahrzehnt BKA-Verfahren

quellen: gefaehrlichefreundschaften.noblogs.org



Am 27.02.2020 werden zwei Freundinnen am Flughafen und auf der Arbeit vom BKA abgefangen, um ihnen an Ort und Stelle DNA abzunehmen. Der richterliche Beschluss beschuldigt sie der Brandstiftung an Autos der Deutschen Bahn vor etwa zehn Jahren. Danach werden den zwei Betroffenen zehntausende Seiten Akten zugesandt. Diese umfassen Ermittlungsverfahren aus über 15 Jahren, davon sind einige eingestellt. Die hier geschilderten Inhalte beruhen ausschließlich auf den uns vorliegenden Akten. Gegen die Beschuldigten und ihr Umfeld wird jahrelang ermittelt. Sie werden in immer neuen Bezugsrahmen zu Verdächtigen, Beschuldigten, und zu "geistigen Brandstifterinnen".

Das BKA versuchte ein §129-Verfahren zu eröffnen ("Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung"), was nach Kenntnisstand der Akteneinsicht im April 2020 von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde. Trotz zehntausender Seiten gibt es große Lücken.

§129 – kennen wir schon

Momentan laufen bundesweit verschiedene Strukturermittlungsverfahren. Der Staat benutzt unter anderem den §129 um Strukturen, Freundeskreise und private Leben einzuschüchtern und zu überwachen. Diese Verfahren in Frankfurt, Leipzig, Hamburg, Berlin und die Verurteilungen gegen die 3 von der Parkbank sind nur ein Teil der Repression, die widerständige Strukturen unterdrücken soll. Bullen, Gerichte und Politiker*innen treiben diese Verfahren voran. Wir halten nichts von der Justiz und lehnen den Staat und das Konzept der Strafe ab. Staat und Strafe sind Teil von Herrschaft und damit von vielen sozialen Problemen, wie zum Beispiel Armut. Dies steht einem freien und glücklichen Leben entgegen. Wir wehren uns nicht gegen ihre Vorwürfe, sondern gegen die Repression. Die Akten erfreuten uns in vielen Momenten, weil in ihnen Akte des Widerstands dokumentiert wurden, in denen Aktionen gegen die herrschenden Verhältnisse sichtbar sind.
Wir als Soliumfeld wollen das Verfahren gegen die beiden Betroffenen begleiten.
Spekulationen und Getratsche helfen den Repressionsbehörden! Keine Kooperation mit Behörden! Keine Aussagen! Keine Gerüchte!

Das Haar in der Tüte

Im Rahmen von Aktionen gegen den Polizeikongress wurde das SWP (Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit – Stiftung Wissenschaft und Politik) in Berlin am 02.02.2010 mittels einer "Detonation" angegriffen. In der Interim 705, ist unter dem Titel "Neuro-Enhancer für die Schreibtischtäterinnen des SWP – Soziale Kontrolle sabotieren und den Polizeikongress angreifen" eine Erklärung zu dieser Aktion abgedruckt: Gegen „ihre blutige und kriegerische Forschung unter dem Denk- [sic!] mantel der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der friedensbringenden Bombadierpolitik" (linksunten.indymedia.org).
Im gleichen Jahr fand in Berlin eine Hausdurchsuchung statt – Vorwurf: "Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" am SWP "u.a. Straftaten", zeitgleich lief gegen die beschuldigte Person auch ein 129er Verfahren.
Bei dieser Durchsuchung wurde neben anderen Sachen eine Tüte beschlagnahmt, in der sich unterschiedliche Dinge wie Handschuhe, Kassenbons, Tierhaare, eine Erklärung zu Brandanschlägen auf DB-Autos, Tierprospekte und menschliche Haare befunden haben sollen. Bei der DNA- Analyse der Haare wurde eine weibliche DNA festgestellt, die nicht der Person zugeordnet wurde, deren Wohnung durchsucht worden war. Die Bullen versuchten weitere Personen zu ermitteln und suchten fortan nach der Trägerin der weiblichen DNA.

Brennende DB-Autos

Am 23. und 24. April 2010 gab es in Berlin-Prenzlauer Berg und Kreuzberg Brandstiftungen an Autos der Deutschen Bahn. Laut Bullen wurde ein Bekenner*innenschreiben hinterlassen und auf Indymedia veröffentlicht: "Unsere militante Intervention unterstützt die Forderung nach Entschädigung für Opfer des NS-Regimes und ihre Angehörigen." Diese beiden Aktionen wurden in einem Ermittlungsverfahren zusammengeführt (DB-Verfahren).

Das BKA ermittelt

Das BKA ermittelte im Rahmen des DB-Verfahrens weiter gegen das Umfeld der Beschuldigten, deren Wohnung durchsucht worden war. Mit sog. "strafprozessualen Maßnahmen" und Ermittlungen wurden 140 "Kontaktpersonen" ermittelt. Diese Massnahmen umfassten laut Akten die Überwachung des Festnetztelefons und des Handys der Beschuldigten (TKÜ- Telekommunikationsüberwachung), Auswertung der Verbindungsdaten der Telefonanschlüsse und Email-Accounts, polizeiliche Erkenntnisse wie gemeinsame Festnahmen, vorgeworfene Straftaten, Meldedaten, Reisebewegungen, Personal- und Grenzkontrollen, Auswertung des Terminkalenders, Observationen, Auswertung der Kontounterlagen, Knastbesuche (die Beschuldigte war in der Vergangenheit im Knast).
Von 140 vermeintlichen "Kontaktpersonen" wurden aufgrund von Häufigkeit und der Intensität der Kontakte 18 weibliche Personen als angeblich "engere Kontaktpersonen" identifiziert. Darunter die beiden Freundinnen. Dies brachte den Bullen keine Erkenntnisse zur Herkunft des Haares. Zwei Jahre später änderte sich was…

War starts here – let's stop it here!

"Kommt zum internationalen antimilitaristischen Camp gegen das Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr (GÜZ)! Das GÜZ ist für Bundeswehr, NATO und EU ein zentraler Ort. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird. Wir wollen das Camp zu einem zentralen Ort der Bündelung antimilitaristischer Kämpfe machen. […] Krieg beginnt hier, wir wollen ihn hier markieren, blockieren, sabotieren!" Aufruf zum WarStartsHere-Camp 2012 (autonomesblaettchen.noblogs.org).
Auf dem Gefechtsübungszentrum Altmark (GÜZ) wurden im Jahr 2012 Taschen mit Farbfeuerlöschern gefunden. Das LKA Sachsen-Anhalt nahm Ermittlungen wegen Hausfriedensbruch, bzw. "Versuchter Sabotage an Wehrmitteln" auf. Die gefundenen Sachen wurden auf DNA untersucht. Angeblich gab es einen Spur-Spur-Treffer (3) mit der unbekannten DNA vom Haar in der Tüte (Hausdurchsuchung 2010 in Berlin) . Nach dieser DNA- Treffermeldung nahm das LKA Sachsen Anhalt die "18 engen weiblichen Kontaktpersonen" des BKA unter die Lupe, auch die beiden Freundinnen. Wegen ihres Engagements gegen das GÜZ und dem angeblichen Kontakt zu einer*m Beschuldigte*n in dem Verfahren der „Versuchten Sabotage" (GÜZ) gerieten die beiden verstärkt ins Visier. Die Staatsanwaltschaft Stendal nahm die beiden Freundinnen als Beschuldigte in das Verfahren (Versuchte Sabotage GÜZ) auf. Außerdem wurden DNA-Abnahmen und Hausdurchsuchungen beantragt. Das Amtsgericht Stendal lehnte beides 2014 ab.

Oury Jalloh, das war Mord!

In Berlin-Neukölln fand zum 10. Todestag von Oury Jalloh, der 2005 in einer Bullenwache in Dessau ermordet wurde, eine Demo mit Glasbruch/Sachschaden statt. Auf Indymedia findet sich ein Bericht dazu: "Für gestern, den 10.01., hatten wir zu einer Demonstration in Neukölln aufgerufen um Ourys Ermordung auch zehn Jahre nach der Tat öffentlich zu skandalisieren und seine Mörder und die rassistischen Verhältnisse zu benennen. […] "
Das LKA Berlin leitete ein Strafverfahren wegen "besonders schwerem Landfriedensbruch und gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr" ein. In der Nähe wurden Dinge wie Pflastersteine oder Farbbeutel eingesammelt und auf DNA-Spuren untersucht.
Eine gefundene und analysierte weibliche DNA wurde in die DNA-Datenbank eingespeist: Es soll zu zwei Spur-Spur-Treffern gekommen sein: mit der DNA des Haares in der Tüte (bei der Hausdurchsuchung 2010) und mit der 2012 auf dem GÜZ gefundenen DNA (Versuchte Sabotage GÜZ).

Was geschah in der Schweiz?

Im Juli 2015 wurde die Person, die die Hausdurchsuchung 2010 in Berlin hatte, in der Schweiz festgenommen und wegen mehrerer Aktionen zu 3,5 Jahren Knast verurteilt. Laut Akten und Medienberichten kooperierte die Person, und gab diese Taten zu. Obwohl sie anscheinend keine Namen nannte, wurde durch ihre Aussagen klar, dass weitere Personen beteiligt waren.

Von den Treffermeldungen…

Nach den DNA Spur-Spur-Treffermeldungen (Haar in der Tüte, GÜZ, Oury-Jalloh-Demo) nahm die Staatsanwaltschaft Berlin auf Anregung des BKA im Juli 2016 das DB-Verfahren wieder auf. Die Strafverfolgung wurde dem BKA übertragen. Auf der Suche nach angeblichen Mittäter*innen der beschuldigten Person wurde wieder u.a. gegen die 18 "engen weiblichen Kontaktpersonen" ermittelt. Das BKA fragte bei LKA's und Verfassungsschutzämtern nach allgemeinen polizeilichen Erkenntnissen, solchen mit zeitlichem und örtlichem Zusammenhang mit der versuchten Sabotage an Wehrmitteln (GÜZ) und der Oury-Jalloh-Demo in Neukölln. Meldeadressen und Strafregistereinträge wurden eingeholt. Es wurden bei einigen Betroffenen zusätzlich Auskunftsersuchen an zahlreiche Behörden, wie Jobcenter und Rentenversicherung, sowie bei Arbeitgeber*innen gestellt, um persönliche Informationen zu ermitteln (Telefonnummern, E-Mail-Adressen).
Auch die Bankkonten einzelner Personen wurden ausgewertet und Auskunftsersuchen an Internetforen, Deutsche Bahn usw. gestellt, um weitere Angaben zur Person, wie genutzte Rufnummern und Accounts, andere Kontoverbindungen, Kartenverträge, Zahlungsmodalitäten herauszufinden…
Bis ins Jahr 2019 finden sich in den Akten diese Anfragen zu den "18 engeren weiblichen Kontaktpersonen" und zu Personen aus dem Umfeld der Beschuldigten.
Im Zuge der Ermittlungen wurden im Juli 2017 die Freundinnen als weitere Beschuldigte im DB-Verfahren eingetragen.

…zur DNA-Abnahme

Im April 2019 regte das BKA an zu prüfen, ob der Tatvorwurf um den einer kriminellen Vereinigung nach §129 erweitert und das DB-Verfahren mit dem GÜZ- und Oury-Jalloh-Verfahren verbunden werden könne.
Außerdem wollten sie eine DNA-Abnahme und erkennungsdienstliche Behandlung, Hausdurchsuchungen und Überwachungsmaßnahmen gegen die beiden Freundinnen erwirken. Diese Maßnahmen (Überwachung ihrer Handynummern, der IMEI (1), ihrer E-Mailadressen, längerfristige Observation, Einsatz von IMSI-Catchern (2) und Stiller SMS) sollten offiziell drei Monate dauern und angeblich verwertbare Informationen zu ihren Aufenthalts- und Wohnorten ergeben. Bei den Hausdurchsuchungen sollte gezielt nach Gegenständen oder Unterlagen/Datenträgern gesucht werden, die Informationen über andere Personen ergeben.
Die Staatsanwaltschaft Berlin lehnte alles bis auf die DNA-Abnahmen ab. Die wurden im November 2019 vom Amtsgericht Berlin beschlossen und im Februar 2020 durchgeführt. Die Einspeisung in die DAD (4) soll Treffer mit der DNA vom GÜZ, vom Oury Jalloh- Verfahren und der Haarspur in der Tüte von der Hausdurchsuchung 2010 ergeben haben.

Einschätzung zum Ausmaß der Ermittlungen

Die Einschätzung erfolgt anhand der in den Akten vorliegenden Begründung des BKA zur DNA-Entnahme und -Einspeisung.
Zentral in der Begründung ist die Bekanntschaft zur ersten Beschuldigten im DB-Verfahren. Nach den DNA-Treffern auf dem GÜZ wird gegen das antimilitaristische Engagement der zwei Freundinnen ermittelt. Es wird ein riesiges Konstrukt aus Bekanntschaften (z.B. anhand gemeinsamer Kontrollen) und zu anderen Beschuldigten in anderen Verfahren im Bereich Antimilitarismus aufgebaut. Im weiteren Verlauf werden aus Vorwürfen, und eingestellten oder nie eröffneten Verfahren, Tatsachen. Damit soll die Einschätzung begründet werden, dass eine "Wiederholungsgefahr" und Ausübung von "Straftaten von erheblicher Bedeutung" bestünden, die nach §81g StPO für eine DNA-Speicherung gegeben sein müssen. Über die Akten bekamen wir Kenntnis von weiteren Ermittlungsverfahren, in denen die Beiden als Beschuldigte geführt wurden und werden. Es handelt sich dabei um Verfahren zu antimilitaristischen Aktionen, eines davon mit dem Vorwurf der Brandstiftung erheblichen Ausmaßes. Der Bezug auf militante Aktionen bei einer öffentlichen Veranstaltung lässt die beiden für die Bullen zu "geistigen Brandstiftern" und Beschuldigten werden.

Der Umfang der Ermittlungen geht über das hier Beschriebene weit hinaus! In den Akten tauchen zig Personen und Verfahren auf. BKA und LKAs versuchten in den letzten zehn Jahren herauszufinden und zu konstruieren, wer mit wem was gemacht hat, wer zusammen festgenommen oder kontrolliert wurde, wer zusammen Grenzen überquert hat, auf Camps oder Demos im In- und Ausland war. Wer hat mit wem telefoniert, ist wann oder wohin Zug oder Fernbus gefahren?

Wir gehen von Strukturermittlungen aus, um Kontakte und Netzwerke zu durchleuchten. Wir gehen auch davon aus, dass die Polizeiliche Beobachtung der beiden Freundinnen anhält.
Wir haben keine Kenntnis von weiteren Ermittlungsschritten seit der Einspeisung der DNA in die Datenbank, weder im DB- noch in anderen Verfahren.

Wir benutzen das Wort "Freundinnen", weil es für das BKA immer wieder als ein Indiz für „kriminelle Unternehmungen" aufgeführt wird, wenn wir Freundschaften zueinander pflegen. Mit "Einige sind betroffen, gemeint sind wir alle" rufen wir hiermit zu mehr gefährlichen Freundschaften und Solidarität auf!

(1) Mobile Equipment Identity erklärt auf Wikipedia
(2) IMSI-Catcher erklärt auf Wikipedia
(3) Spur-Spur-Treffer: Übereinstimmung von Spuren/Merkmalen an zwei verschiedenen Tatorten
(4) DNA-Analyse-Datei: ist eine 1998 zur Speicherung von DNA -Profilen eingerichtete Datenbank für Deutschland. Wird vom Bundeskriminalamt (BKA) zentral betrieben und auch von anderen Polizeien benutzt.

--> **Fortsetzung Text: [Deutschland] Auswertung der Gedenkkundgebung und Demo „Laut, wütend und offensiv gegen Knäste" von Angehörigen und einem Ex-Gefangenen:**

Wunsch, den man im Knast entwickelt und er zog es durch. Döner schmeckt halt super.

Er stand nach seiner Entlassung mit Müllsäcken vorm Knast und wartete auf seine Frau. Typisches Bild in unserer ach so tollen Gesellschaft. Mit jeder Entlassung bedienen sie das klischeehafte Bild der Entlassenen. Mit Müllsäcken raus und dann seh zu was du machst. Ohne Familie/Freunde, Orgas und Vereine bist du komplett aufgeschmissen und landest im Dreck. Resozialisierung ist doch für die nur ein Wort und sie haben anscheinend keine Ahnung was für Entlassene wichtig wäre. Resozialisierung ist wie ein Ballon, wenn dieser Platz kommt nur Luft raus, mehr nicht.

Zum Ende hin verabschiedeten wir uns von unseren Freunden und begaben uns zu unseren Autos. Wir rauchten noch eine gemeinsam und sprachen über die Demo.

Wir, sowie E. und Kay fanden sie super und wichtig. E. wünschte uns und auch Kay noch viel Kraft für die kommende Zeit. Ich staunte nicht schlecht.

E. durchlief viele Emotionen, Gefühlschaos inbegriffen, Stress wegen der Havarie und dann steht der junge Mann vor uns und wünscht uns alles Gute. Einfach nur genial, wie man trotz Knast noch seine Menschlichkeit, Wärme, Güte und Freundlichkeit bewahren kann.

E. hat eine super Familie die hinter ihm steht und ihm die Kraft gibt die er braucht.

Wir werden uns noch öfters treffen.

Dann trennten sich unsere Wege und wir fuhren begeistert nach Hause.

Danke an alle Organisatoren, guter Job.

Sabine, Bernd und E.





Jenseits der Gesetze

quellen: barrikade.info

Gedanken zum konkreten Umgang mit Repression und Solidarität

Manchmal kommt die Repression mit dem Stiefel in der Fresse und der Knarre am Kopf, sie zerrt einen nackt auf den Boden, und manchmal kommt sie schleichend immer wieder alle Monate oder Jahre. Angesammelte Anzeigen, manchmal auch mit jahrzehntelangen Ermittlungsverfahren verbunden, führen teils noch nicht einmal zu einem Prozess, sondern zu Konstrukten und wieder neuen Ermittlungen. Ab und an kommen dicke Verurteilungen und auch Knast kann eine Folge sein.

Das vornehmliche Ziel von Repression ist eine Schwächung, indem die sich Betroffenen "mit sich selbst", also mit der sie betreffenden Repression beschäftigen müssen. Sie soll möglichst vereinzeln und einschüchtern, sie soll zukünftige Aktivitäten verhindern oder mindestens erschweren, sie soll also erziehen. Ein Warten auf mögliche Repression ist ein oft belastender Zustand, wenn sie sich schon angedeutet hat. Aber auch die Angst von Bezugspersonen, selbst ins Blickfeld der Repressionsbehören zu geraten, ist reell und benötigt gemeinsame Auseinandersetzungen, um solidarisch und handlungsfähig zu bleiben.

Mit Repression ist immer zu rechnen, wenn man sich gegen die bestehenden Verhältnisse wehrt, denn sie sichert die bestehenden Machtverhältnisse. Repression ist das Druckmittel der Herrschaft zum Schutz des Eigentums – ein Grundstein dieser Gesellschaft der Ausbeutung und Fremdbestimmung. Sie ist auch das, was uns tagtäglich umgibt. Sie ist der alltägliche Druck und Zwang, gesetzeskonform zu funktionieren und drängt einem somit auf, die schwer zu findenden Lücken im System zu erobern.

Erfahrungen haben gezeigt, dass man sich selbst belügen würde, wenn man davon ausgeht, staatliche Repression immer präventiv abwenden zu können. Jeder Moment, jede Entscheidung, jeder Bruch, welcher dazu beiträgt sich gegen das Bestehende zu wehren, kann Konsequenzen haben.

Ein Bewusstsein und die Diskussion über Repression und ihre Konsequenzen vorher könnten jedoch ermutigend und stärkend sein. Darum soll es in diesem Text gehen. Nicht alle Formen der Repression und Unterdrückung können hier Thema sein, weil dieser Text mit einem bestimmten Fokus und aus persönlichen Erfahrungen heraus verfasst wurde.

Häppchenrepression

So war es zumindest für uns ermutigend in den letzten Jahren den Umgang mit der "Häppchenrepression" zu diskutieren und ihr auch offensiv zu begegnen. Mit "Häppchenrepression" meinen wir die vielen Strafzettel, Anzeigen und Prozesse, die meist "nur" zu kleineren oder größeren Geldsummen durch staatliche Repression führen, aber in ihrer Summe, also Anhäufung bei einzelnen Personen oft zu Isolierung durch indirektere (weil nicht direkt mit Haft oder Strafe etc) Repression geführt haben. Klammheimlich laufen die Verfahren und Prozesse ohne viel Aufmerksamkeit nebenher und alle bezahlen ihre kleinen Summen für sich selbst.

Vergessen wurden dabei all zu oft die Möglichkeiten, dem Normalzustand im Kapitalismus gemeinsam etwas entgegenzusetzen – sich auf Freund*innen zu verlassen statt auf Geld. Und vor allem auch, aus gemeinsamen Auseinandersetzung zu lernen und neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Oft verbauen wir uns Wege, den Träumen und einem selbstbestimmten solidarischen Leben konsequent näher zu kommen.

Offene Auseinandersetzungen und Diskussionen über Deals und Einlassungen, sowie Aufrufe zu Prozessen für "Häppchenverfahren" erzeugten Öffentlichkeit und zeigten Widerstand gegen die Staatsgewalt und das kapitalistische System auf. Solidarität konnte praktisch werden, indem sich Menschen vor und in den Gerichten einfanden oder Prozesse praktisch durch direkte Aktionen begleiteten. In einigen von uns verbreitete sich dadurch vermehrt das Gefühl Teil einer "Bewegung" zu sein. Gute Beiträge dazu findet man in der Broschüre OUTLAW (freethemall.noblogs.org).

Hast du an alles gedacht?

Direkt spürbare Repression durch ermittelnde Bullen sind Hausdurchsuchungen, DNA-Entnahmen, U-Haft oder sonstige Aufforderungen. Sie dienen zur Einschüchterung, der angeblichen Beweissicherung, für Strukturermittlungen und Organisierungslähmung. Diese Maßnahmen versetzen eine*n selbst nicht selten in ein lähmendes Warten. Das passiert allein schon, weil du nicht beantwortbaren Fragestellungen ausgesetzt bist: Was kommt da jetzt oder später, kommt nochmal eine Aufforderung zu sonst was, welches Konstrukt trägt zu welcher möglichen Repression bei, weitere Hausdurchsuchungen, Prozesse oder Knast? Immer wieder die gleichen Schleifen im Kopf… Diese Fragen sind auch deshalb schwer zu ertragen, weil du auf mögliche unangenehme Überraschungen vorbereitet sein möchtest. Nun also: hast du an alles gedacht? Wer kümmert sich im Fall XY erst einmal um die Katze, wer bezahlt die Miete für die Zwischenzeit, wer sagt wem Bescheid, welche Anwält*in wird verständigt und wer darf welche Infos bekommen? Auch wenn manche Szenarien weit entfernt vorkommen – sprich schon jetzt mit deinen Freund*innen und Bezügen, was passieren soll, wenn du mal plötzlich nicht mehr kannst wie du willst!

Antirepression

Kommt die Repression unangekündigt aus dem vermeintlichen Nichts, dann ist es erst mal wichtig, sich zu sammeln. Anwält*innen anrufen, mit denjenigen Freund*innen reden mit denen du im Alltag sowieso immer offen Kontakt hast, Wege finden, wie Menschen, die mit dir in Verbindung stehen wichtige Informationen erhalten, Papiere lesen, sich fragen, was hat das mit mir oder anderen zu tun, mit wem möchte ich das jetzt teilen? Klären wer möchte auf welche Art und Weise was mit dir teilen? Wobei immer klar sein muss, dass staatliche Überwachung nach Repressionsschlägen oft besonders hoch ist und sie interessiert daran sind, was danach und davor so passiert.

Was macht Sinn zu veröffentlichen? Die Repressionsbehörden sind in sich fies, intrigant, willkürlich und nutzen oft vieles für neue Konstrukte. Veröffentlichungen müssen also gut bedacht sein. In Beschlüssen und Erkenntnissen gegen dich können auch vermeintliche Fehler sein. Es macht immer Sinn vorher verschiedene Szenarien durchzuspielen und es sei dir eine tolle Bezugsgruppe gewünscht, ein Freundeskreis wo du solche Themen im Vorfeld schon oder im Notfall besprechen kannst. Am besten verlässliche Menschen um dich herum, die aktiv mitüberlegen. Vielleicht kennt ja eine*r von ihnen eine Person die bereits entsprechendes erlebt hat, oder im ärgsten Fall Knasterfahrungen hat. Es gibt viel Material von Soligruppen und Antirepressionsstrukturen, außerdem Lesematerial von anderen Fällen und ihren Auseinandersetzungen.

Repression funktioniert außerdem oft weniger gut bei Menschen, die die staatlichen Angriffe verstehen und ihnen vor allem mit einer klaren Haltung gegenüber stehen. Das heißt, dass eine klare Positionen gegen die gesamte Scheiße gut tut und deinem Umfeld erleichtert gezieltere Solidarität zu praktizieren. Sei es in den Gesprächen mit Anwält*innen, solidarischen Texten oder Aktionen.

Sicherheit ade

Es gibt keine Sicherheit. Gesetze und Unterdrückungsmethoden verschärfen sich andauernd. Doch soll das kein Argument sein, keine Sicherheitsmaßnahmen zum eigenen Schutz auf zu bauen. Es macht Sinn, Kommunikation im ruhigen konspirativen Rahmen zu planen, Spuren zu verhindern, sei es im elektronischen oder körperlichen Sinne, keine Wanzen wie Telefone bei sich zu tragen, so oft wie möglich die eigenen Daten zu verweigern, sei es für ein Ticket, einen Einkauf oder bei Ebay und Amazon sowieso. Eigene Sicherheitsmaßnahmen können ruhige Nächte verschaffen oder etwas Selbstkontrolle geben. Aus vergangenen Ermittlungen wurde klar, dass die Bullen auch Fehler machen, dass sie nicht immer die beste Technik einsetzen und dass auch Kosten oft eine Rolle spielen.

Und dass sie Schwierigkeiten haben, wenn klassische Ermittlungsmethoden durchkreuzt werden, wie beispielsweise durch den Mangel an hinterlassenen Daten. Dass sie dann jedoch auch nochmal intensivere Methoden ansetzen ist eine Erfahrung. Was wir jetzt schon sagen können: sie schnüffeln tief, unangenehm nah und intim, aber dennoch wissen sie nicht alles.
Schweigen, aber nicht verstummen

So schwer es fällt Begegnungen ohne Antworten auszuhalten und Neugierde unbefriedigt zu lassen, ist Schweigen jedoch der erste Schritt, um Spekulationen zu vermeiden. Denn es ist gefährlich, wenn sich alle möglichen Leute – Neuigkeiten sprechen sich schnell herum – über Taten, angebliche Schuldige oder ähnliches unterhalten. Man bringt andere damit in Gefahr, sei es durch die anscheinende Erhärtung von Bullenbehauptungen oder durch angeblich neue Wahrheiten. Spekulationen darüber wer, wie, was verraten viel von beschränktem oder wirklichem Wissen über Raum, Zeit und Taten. Kein Wissen, dass du mit Bullen teilen solltest.

Bewahrt Ruhe und schafft euch technikfreie Räume, wo ihr sicherer und ohne Hektik über vieles offener sprechen könnt, als in eurer Küche, Kneipe oder vor eurer Haustür, etc. Wer es denn nun gewesen sein könnte oder über sonstige sensible Themen, die direkt auf die angebliche Wahrheit der Bullenkonstrukte eingehen und unter Umständen doch mitgeschnitten werden könnten, sollten besser gar nicht besprochen werden. Konkretes zu Taten gehen nur diejenigen etwas an, die selbst beteiligt waren!

Schweigen bedeutet jedoch nicht verstummen. Mit wem ihr sowieso offen Kontakt habt, könnt ihr alle öffentlichen Schritte und auch persönliche Unterstützung besprechen! Und ob man sich beispielsweise in der Öffentlichkeit zu den Vorwürfen verhalten will oder sich in einem Prozess positiv auf vorgeworfenen Taten beziehen möchte, egal ob man es nun war oder nicht, kann man sich später immer noch überlegen.

Solidarisches Schweigen von den anderen kann sich auch in kleinen Hilfsangeboten ausdrücken, wie beispielsweise eine Umarmung oder vielleicht ein Abendessen. Schön, wenn man das Gefühl vermittelt, dass Solidarität stärker sein kann als die Angst dann selbst in den Fokus zu geraten. Im Endeffekt bedeuten diese schon den ersten Schritt gegen ihre Repression. Du bist nicht allein. Deine Freund*innen halten zu dir. In der Ruhe könnt ihr dann gute Entscheidungen treffen, welche Informationen für weitere Personen wichtig sein könnten, zum Beispiel welche Maßnahmen gegen dich gelaufen sind und andere dementsprechend betreffen könnten. Oder Personen die in den Akten auftauchen, welche enger im Fokus stehen und Bescheid wissen sollten.

Hier liegt ebenfalls eine Chance die aktuelle Repression umzuwerten, Eitelkeiten der manchmal kruden Anerkennungskultur und skandalheischende Neugier zu zügeln und Vertrauen zu verbreiten. Lasst nicht zu, dass die Repression in ihrem Sinne wirksam wird, lasst kein Misstrauen aufkommen.

Fehler

Manchmal werden Einzelpersonen Vorwürfe für ihre vermeintlichen Handlungen gemacht, sie werden ausgeschlossen und isoliert, anstatt sie kritisch-solidarisch in ihrem Vorhaben zu bestärken, diesem Staat ans Bein zu pissen. Ja, es werden Fehler gemacht. Manchmal solche die Wut auslösen, manchmal auch solche die unsere Gefühle verletzen oder sich und andere in Gefahr bringen, also ein Sicherheitsrisiko darstellen. Na klar haben alle ihre Grenzen und Verrat beispielsweise verdient keine Unterstützung, da er eine Unterstützung der Repression gegen Andere bedeutet. Oft gibt es aber auch bei wesentlich kleineren Fragen und Vorgehensweisen Konflikte.

Soliarbeit ist anstrengend und aufwändig, darin ist auch viel emotionale Arbeit und Rücksicht gefordert. Aber auch ein guter Raum neues zu lernen, insbesondere auch darüber, verantwortliche Beziehungen aufzubauen und sich umeinander zu kümmern. Wie Kritik formuliert wird und wann sie angebracht ist, braucht ein gewisses Feingefühl und vor allem eine selbstkritische und grundsätzlich solidarische Ebene, sofern die eigenen Grundsätze natürlich nicht verlassen wurden.

Angst

Wer es bei sich selbst oder im Bekanntenkreis schon mal erlebt hat, weiß von der Angst zu sprechen, die dazu führt, dass Leute sich abwenden und Sorgen haben selbst auf das Radar der Schnüffler*innen zu geraten. Wird diese Angst unterdrückt, ist sie nicht verschwunden, sondern unsichtbar und gefährlich. Eine Suche nach einem gemeinsamen Umgang kann helfen damit umzugehen. Woher kommt die Angst? Das eigene Leben und die eigenen Räume nicht als behütete Schutzräume zu denken ist kein leichter Schritt. Sind die Gefühle und Ängste jedoch einmal in ihrer Nacktheit entkleidet, fällt es viel leichter, sie in die Idee vom Kampf um Befreiung in unseren Alltag mit ein zu binden.

Bei Repression spiegeln sich die Verhältnisse und unsere eigene Verstrickung in die kapitalistischen Zustände wider. Isolierung, Vereinzelung, Konkurrenz, Hierarchien, Ausschluss, etc. sind alltägliche Strukturen unserer Gesellschaft, auf Grund dessen die alltägliche Kontrolle des Staates und der Erhalt des angeblichen sozialen Friedens überhaupt erst möglich sind. Die Kämpfe dagegen sind die Gründe, weshalb der Staat angreift. Genauso wichtig wie der Angriff auf Institutionen der Herrschenden ist der Angriff auf die Art und Weise, wie Beziehungen in unserer Gesellschaft konstruiert und andererseits von uns selbst erschaffen werden.

Wir alle haben manchmal Angst. Damit umzugehen bedeutet sich ihr zu stellen, sich den Gefahren bewusst zu werden, um nicht überrollt zu werden. Wer Dinge tut, die bestraft werden könnten, sollte sich unbedingt über die möglichen Konsequenzen bewusst sein. Das bedeutet nicht, sich diesen Eventualitäten durchgehend auszusetzen, wohl aber ihnen in die Augen zu schauen und eine Entscheidung zu treffen. Auch wenn es heißt sich für Freundschaften, Taten und Handlungen zu entscheiden obwohl Repression die Folge sein könnte.

Knast

Wenn die Angst vor Repression und Knast der Aussicht gegenüber gestellt wird, in passiver Angepasstheit und in dem kapitalistischen System ausgeliefert leben zu müssen, könnten die Einschüchterungsversuche des Staates besser an uns abprallen?

Doch hier ist es wichtig zu erwähnen, dass in dem Moment, wo du im Knast bist, du kaum noch mit dem Außen kommunizieren kannst. Das heißt es ist wirklich hilfreich vorher schon mal über Eventualitäten mit nahen Personen geredet zu haben oder auch gute Anwält*innen zu haben, mit den man gewisses besprechen kann.

Ein paar Fragen wären beispielsweise: Wie gehst du damit um und/oder denkst du damit umzugehen? Wer soll wann und wie informiert werden? In welchem Modus kann sich um die wöchentliche Unterstützung mit der Wäsche und Kleinigkeiten gekümmert werden? Gibt es Webseiten, Zeitungen, Medien, denen du Erfahrungen mitteilen möchtest und wo zukünftige Veröffentlichungen Platz finden könnten? Was brauchst du, um dich im Knast aktiv zu fühlen oder was zu machen? Wer soll die Besuche klären, wer in der direkten Soligruppe Persönlicheres, wer könnte sich mit Aktenlesen und Prozessführung beschäftigen? Wie kann die Kommunikation nach draußen laufen? Nimm dir für die Kommunikation immer Zeit, überstürze nichts!

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, dass es nahe Bezugspersonen gibt, die die individuelle Person unterstützen. Es ist aber auch wichtig, dass sich Personen solidarisch verhalten können, die nicht zum direkten Umfeld gehören, in Form von Solikreisen, Demos oder anderen Aktionen. Dafür ist eine Veröffentlichung der Vorwürfe oder Beschuldigungen wichtig, weil sonst ist es schwer, sich solidarisch darauf zu beziehen. Oder/und auch die Vermittlung einer kämpferischen offensiven Haltung dem Staat gegenüber und die Ablehnung von Kooperation mit der Justiz helfen den anderen, dich zu supporten und sich selbst offensiv zu deinem Fall zu verhalten. Deine Haltung ist wichtig! Genauso kann dies auch andere bestärken, ihre und somit auch deine Kämpfe "draußen" weiter zu führen.

Knast als ein Instrument der Strafe kann nicht getrennt von antagonistischem Handeln gesehen werden, er kann immer Teil von Auseinandersetzungen sein. Deshalb ist es wichtig, Knast als Bestandteil von Kämpfen überhaupt zu betrachten. Er ist wie die Strafe selbst allgegenwärtig, wenn auch nicht immer für alle, und deshalb würde es fatal sein ihn nicht als eigene Eventualität und auch als Feld der Auseinandersetzung mit zu denken. Auch im Knast kann man kämpfen und auch an den miesesten Orten kann ich meine Würde bewahren, liebe Menschen kennen lernen, vieles lernen und stärkende Erlebnisse der Solidarität spüren.

Solidarität

Der Staat entscheidet leider so viele Dinge unseres alltäglichen Lebens, jedoch sollte er nicht darüber bestimmen wie und wann wir solidarisch sind. Ein Denken jenseits der Gesetze und Ermittlungen im eigenen Verlangen und den eigenen Ideen ist sehr bestärkend und erweitert den Horizont. Was bringt uns das Wissen darüber, wer genau was wie getan oder nicht getan hat? Und das auch noch innerhalb einer Schuldig/Unschuldig-Logik des Staates, in der der Staat und seine Getreuen immer die Unschuldigen sind und diejenigen, die die Norm stören, die Schuldigen. Solidarität begleitet uns überall im Alltag, ist aber insbesondere Ausdruck eines Kampfes, ist ein Teil von allem. Denn neben der eigenen Entscheidung sind es Solidarität und Verantwortung füreinander in den Beziehungen, die eine freie Welt in sich tragen. Solidarität ist eine grundlegende Voraussetzung für ein Leben frei von Herrschaft, Ausbeutung und staatlichen Strukturen. Dass heißt die Aktion, die die Repression nach sich zieht ist genauso wichtig, wie der Umgang miteinander wenn die Repression einschlägt – beides ist ein Angriff gegen den Staat!

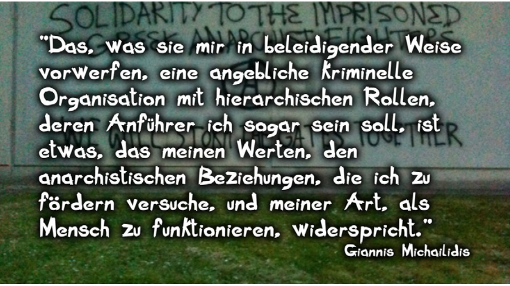
Auseinandersetzungen über Grundsätzliches ist wichtig für die eigene Orientierung im Handeln. Warum bin ich gegen den Staat, gegen das System, gegen Unterdrückung und was bedeutet das? Welche Ideen und welche Ethik sollen mein Handeln bestimmen? In welchen Kampf begebe ich mich und warum, was will ich damit überhaupt und welche Mittel wähle ich? Warum kämpfe ich mit Anderen gegen das Bestehende? Was für Entscheidungen fällen wir gemeinsam? Wie weit bin ich bereit zu gehen? Und was bedeutet grundlegende Veränderung? Welche Konsequenzen können wir mittragen? Denn wenn man nun davon ausgeht, einen Bruch mit dem Bestehenden anzupeilen, eine grundlegende Veränderung herbei zu provozieren, wie kann man davon ausgehen, dass dies ohne Gegenwehr der Herrschenden passiert? Wie kann man davon ausgehen, dass es jemals Widerstand ohne Repression geben könnte?

Menschen in Solidarität mit den "Gefährlichen Freundschaften"
gefaehrlichefreundschaften.noblogs.org



[Griechenland] Erklärung des Anarchisten Giannis Michailidis vor Gericht

quellen: anarchistnews.org & athens.indymedia.org, übersetzt von abc wien



Wieder einmal stehe ich vor einem Tribunal, das ich nicht akzeptiere, um meine Entscheidungen und mein Handeln zu verurteilen. Ich habe bereits meinen Standpunkt zum Staat, zum Kapital, zur etablierten Ordnung der Ungleichheit und zur weit verbreiteten Versklavung und Ausbeutung von Mensch und Natur, zur allmählichen Umwandlung des Planeten in ein riesiges Gefängnis für jedes Lebewesen dargelegt. Ich habe mich gegen die Gesetze gewandt, die die mörderische staatliche Ordnung aufrechterhalten, sowohl in Wort als auch in Tat. Ich habe versucht, jedes Mal, wenn ich von den Organen zur Durchsetzung von Recht und Ordnung auf die Anklagebank gezerrt wurde, eine konsequente Haltung einzunehmen und mich nicht an den heuchlerischen Prozessen zu beteiligen, die immer vorgeben, die Kontrolle des Staates über Leben und Freiheit zu bestätigen.

Ich habe den Preis für meine Entscheidungen bezahlt, indem ich fast acht Jahre meines Lebens in Strafvollzugsanstalten verbracht habe, die das Zentrum des sozialen Panoptikums, der Angst zur Disziplinierung der Gesellschaft, aber auch ein Instrument zur Reproduktion des Verbrechens im Sinne einer Integration in die kapitalistische Schattenwirtschaft sind. Wo im Namen des Gesetzes die hintern den Mauern unter allgemeiner Ungerechtigkeit leiden. Dort, in der Grauzone des Gesetzes, wo Knochen und Seelen von Menschen gebrochen werden, die moralisch und wirtschaftlich gebrochen sind und keine andere Wahl haben, als das Monster des Strafvollzugs mit ihrer Verzweiflung zu füttern. Sie liefern das perfekte Alibi für die angebliche Notwendigkeit von Recht und Staat beim Aufbau der Gesellschaft. Natürlich sind die Schandtaten, die, wenn sie aufgedeckt werden, als Einzelfälle bezeichnet werden, in Wirklichkeit strukturelle Elemente des Systems und finden unter der Kontrolle oder Aufsicht verschiedener staatlicher Beamter und Funktionäre, der „Korrupten" und derjenigen statt, die sie passiv dulden, um ihre Position oder Karriere nicht zu gefährden.

Für die Justizelite ist das alles nur Rechnerei: Sie zählen mechanisch die Tage, Monate und Jahre des Gefängnisses, ohne sich bewusst zu sein, welche Folgen ihre Entscheidungen haben. Oder noch schlimmer: Wie viel Zeit man im Gefängnis verbringt, hängt meist davon ab, welchem Druck ein*e Richter*in ausgesetzt ist oder was ihm*ihr finanziell nützt. Wenn man die finanziellen Mittel hat, um eine*n angesehene*n Anwält*in mit den richtigen Verbindungen zu bezahlen und genug Schmiergeld zur Verfügung hat, wird man nicht im Gefängnis verrotten wie die armen, finanzschwachen Menschen, die in die Fänge der Polizei geraten. Wenn du ein*e Polizist*in bist und ein Kind erschießt, wird deine lebenslange Haftstrafe aufgehoben. Wenn du als Gefängniswärter*in einen Häftling verprügelst, bekommst du höchstens ein paar Monate im Gefängnis. Als Anarchist*in, als Feind*in des Regimes, bekommt man keinen einzigen Tag erlassen. Dieses zutiefst klassenbezogene und grundlegend ungerechte System erdreistet sich, sich als Gerechtigkeit zu bezeichnen.

Ich stelle mich also gegen die selbsternannte Gerechtigkeit und ihre Beamt*innen, die mich wie einen Feind behandelt haben. Bis zu meiner letzten Verhaftung hatte ich mich entschieden, zu den mir vorgeworfenen Straftaten zu schweigen, was dazu führte, dass ich sogar für Dinge verurteilt wurde, die ich nicht getan hatte. In diesem Fall jedoch ist die Entführung meiner Partnerin und ihre lange Inhaftierung im Gefängnis eine permanente Erpressung meiner Positionen und Einstellung. Ich muss nicht mehr nur abwägen, welche Folgen eine Entscheidung, die ich treffe, für mich persönlich hat, sondern auch, welche Auswirkungen sie auf ihre strafrechtliche Behandlung haben wird. Da ich weiß, dass ich es mit einem Geiselnehmerstaat zu tun habe, der meine Partnerin im Gefängnis hält, um sich an mir zu rächen und mich zu erpressen, bleibt mir nichts anderes übrig, als immer wieder deutlich zu machen, was ihre einzige Beteiligung an dem Fall ist, auch wenn ich keine Lust habe, einer staatlichen Institution meine Handlungen, mein Leben oder meine Beziehungen zu erklären.

Deshalb habe ich vom ersten Moment des Verhörs an erklärt, dass meine Lebensgefährtin nichts mit den mir zur Last gelegten Raubüberfällen und Diebstählen zu tun hat, und dass die Waffen, die bei mir und in meiner Nähe gefunden wurden, mir gehören und unter meiner alleinigen Verfügungsgewalt standen. Die beiden Frauen, die auf den Vordersitzen saßen, hatten nicht einmal Augenkontakt mit den Waffen, da diese in verschlossenen Taschen steckten, aber wie auch immer, die so genannte Rechtslehre, wonach Schuld und nicht Unschuld zu beweisen ist, galt in unserem Fall nicht. Trotz der schwerwiegenden Probleme, die sie und ihre Mutter haben, wurde sie in Untersuchungshaft genommen und befindet sich bis heute im Gefängnis, da auf die ansonsten unabhängigen Justizbehörden Druck ausgeübt wurde, damit sie den Anweisungen des Staates Folge leisten. Die Medienpropaganda hatte bereits mit ihren plumpen Lügen den Weg gewiesen, wie z. B. die Tatsache, dass Dimitras Haus Grund genug für eine Inhaftierung wäre, obwohl dort nichts Illegales gefunden wurde.

An dieser Stelle beginne ich mit einer kurzen Schilderung der Ereignisse, die zu unserer Verhaftung geführt haben, um deutlich zu machen, dass die polizeiliche Darstellung einer kriminellen Vereinigung nichts mit der Realität zu tun hat. Da ich nicht mit der Polizei und den Justizbehörden zusammenarbeiten möchte, habe ich nicht die Absicht, Informationen über meine eigenen Handlungen und die mir vorgeworfenen Handlungen zu geben. Ich werde ausschließlich über die Tatsache der Verhaftung sprechen, die das Einzige ist, was mich mit den beiden Frauen strafrechtlich in Verbindung bringt.

Das, was sie mir in beleidigender Weise vorwerfen, eine angebliche kriminelle Organisation mit hierarchischen Rollen, deren Anführer ich sogar sein soll, ist etwas, das meinen Werten, den anarchistischen Beziehungen, die ich zu fördern versuche, und meiner Art, als Mensch zu funktionieren, widerspricht.

Was uns mit Konstantina verband, war, dass wir beide auf der Flucht waren, während ich mit Dimitra eine enge Beziehung habe. Aufgrund dieser Beziehung und ihrer Loyalität, die von keinem Gericht verurteilt werden kann, war Dimitra gezwungen, eine lange, hartnäckige und lästige Überwachung durch die Anti-Terror-Polizei, um mich ausfindig zu machen, zu ertragen. Dies führte dazu, dass sie ihr Leben an ein System der Spionageabwehr anpasste, um mich treffen zu können. Sie war sogar gezwungen, unter einer falschen Identität zu reisen, die ich ihr gegeben hatte, damit sie den Fängen der Antiterror-Polizei entgehen konnte, wenn sie ihre Mutter in Berlin besuchte, die sich dort in Behandlung befindet. Das Haus, in dem Dimitra in Athen lebte, musste auf die Anwesenheit von Sicherheitsbeamten überprüft werden, bevor ich sie besuchen konnte. Da es sich dort um eine legale Wohnung handelte, die unter normalen Umständen nicht durch die Polizei gefährdet war, hatte ich einige meiner legalen Besitztümer dort gelassen, wie Kleidung, Schuhe, Notizen usw.

In den Tagen vor unserer Verhaftung war ich auf mögliche Anzeichen einer polizeilichen Überwachung aufmerksam geworden und beschloss, dass ich meinen geheimen Unterschlupf (der übrigens nicht gefunden wurde) verlassen und meine Flucht aus der errichteten Abriegelung organisieren musste, um der Verhaftung zu entgehen. Zu diesem Zweck habe ich den RAV 4 gestohlen und gefälschte Nummernschilder angefertigt. Am späten Abend (vor dem Tag der Verhaftung) räumte ich meinen Bunker aus und lud alle nützlichen Sachen in das Auto, das ich gestohlen hatte. Ich habe dann Konstantina telefonisch informiert und wir haben uns in Byron verabredet, um zum Auto zu gehen und unangekündigt loszufahren. Schließlich fuhr ich am Morgen mit dem Taxi zu Dimitras Haus. Ich sagte dem Fahrer, er solle draußen warten und weckte sie auf. Ich sprach kurz und im Flüsterton mit ihr, da ich befürchtete, dass sie Mikrofone im Haus angebracht hatten. Ich sagte ihr, sie solle schnell ihre Sachen zusammensuchen, die sie für notwendig hielt, damit wir gehen konnten. Wir verließen ihr Haus in aufgeregtem Zustand und stiegen in das Taxi, wo ich wiederum nicht erklären konnte, was los war, da der Fahrer zuhörte. Als wir in Byron ankamen, wartete Konstantina bereits auf uns, und wir stiegen kurzerhand in den RAV 4, um von den Überwachungsteams nicht bemerkt zu werden und der Abriegelung zu entkommen. Ich bat Dimitra zu fahren, weil ich von der langen Nacht und der ganzen Flucht sehr müde war. Sobald wir unterwegs waren, gab ich eine ausführliche Erklärung darüber ab, was ich gesehen und getan hatte und dass ich illegale Gegenstände bei mir hatte.

Als wir nach Ymittos hochfuhren, wo ich die Illusion hatte, dass wir nicht überwacht wurden, tauschte ich die Nummernschilder am Auto aus und brachte die gefälschten an, die ich vorbereitet hatte, damit wir uns danach sicher bewegen konnten. Zu diesem Zeitpunkt kontaktierte ich einen Freund und bat ihn, auf Dimitras Haus aufzupassen, falls mir etwas zustoßen sollte. Aus Angst, dass eine außenstehende Person in Schwierigkeiten geraten könnte, wenn wir verhaftet würden (wie es schon oft in ähnlichen Situationen geschehen ist), veranlasste er die Reinigung des Hauses.

Sobald wir vom Berg herunterkamen und das Stadtgebiet erreichten, wurden wir von der Anti-Terror-Polizei angegriffen. In dem Moment, in dem ich aus dem Rücksitz gezogen wurde, in dem ich saß, ließ ich meine Tasche mit der Skorpion (Anm. der Übersetzung: Maschinenpistole) auf den Boden fallen, während meine CZ-Pistole in meiner Tasche war. Neben mir stand eine geschlossene Tasche mit der Kalaschnikow. Da Dutzende Gewehre auf uns gerichtet waren, hatten wir keine andere Wahl als uns zu ergeben oder zu sterben. Bei unserer Verhaftung gingen sie jedoch mit rachsüchtiger Brutalität vor, die sogar so weit ging, dass sie meine Kleidung zerrissen. Ihre Behauptungen über den Widerstand von uns, die wir zahlenmäßig unterlegen waren und in der Falle saßen, sind gelinde gesagt lächerlich. Das Einzige, was aus dieser Lächerlichkeit deutlich wird, ist die Neigung der Polizei, die Akten mit falschen Fakten aufzublähen.

Das erste, was ich sagte, als das Verprügeln vorbei war und ich rückwärts in den Polizeiwagen geladen wurde, war, dass sie ihre Vorgesetzten darüber informieren müssen, dass Dimitra wegen ihrer kürzlichen Operation einen empfindlichen Kopf hat, damit sie sie nicht schlagen. Was die Sicherheitsbeamt*innen natürlich nicht davon abhielt, ihren Kopf gegen die Wand zu schlagen, während sie gefesselt war, um ihr gewaltsam DNA zu entnehmen. Sie haben gezeigt, wie ungehalten sie darüber sind, dass Menschen ihnen mit Würde entgegentreten und sich nicht an der Durchsetzung des biometrischen Totalitarismus beteiligen.

Damit ist der Bericht über die Ereignisse, die zu unserer Verhaftung geführt haben, beendet, denn der Rest ist so gut wie bekannt. Aufgrund dieser Abfolge von Ereignissen sitzt meine Gefährtin nun seit 16 Monaten im Gefängnis, wo sie unter anderem der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und des Besitzes schwerer Waffen beschuldigt wird. In einer platten Logik, die darauf abzielt, gesuchte Anarchist*innen zu isolieren, werden meine eigenen Waffen, die ich bei mir trug und verbarg, automatisch als die Waffen meiner Partnerin betrachtet, während, da drei Personen gemeinsam verhaftet wurden, sie als kriminelle Vereinigung bezeichnet werden, obwohl es nicht den geringsten Beweis gibt, der diese drei Personen mit illegalen Handlungen verbindet, außer der Tatsache der Verhaftung. Mit erfundenen Anschuldigungen und weit hergeholter logischer Akrobatik wurde meine Gefährtin im Gefängnis festgehalten, ihr wurde der Zugang zu ihrem Studium verwehrt, und ihre Gesundheit wurde durch die mangelnde medizinische Versorgung in Korydallos gefährdet, als sie ins Krankenhaus gebracht wurde, wo der Krankenhausarzt eine regelmäßige medizinische Untersuchung empfahl, die nie durchgeführt wurde.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich die Gelegenheit nutzen, zu den gegen mich persönlich erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Was den Vorwurf der Flucht betrifft, so ehrt es mich, dass ich die Fesseln meiner Gefangenschaft auf radikale Weise durchbrochen habe. Ich sollte jedoch erwähnen, dass meine Flucht, die in weniger als 12 Stunden organisiert wurde, eine Reaktion auf einen erfundenen Fall eines Verstoßes gegen die Gefängnisordnung ohne jegliche Beweise oder Zeugenaussagen war, wodurch meine Hafterleichterungen gestrichen und die vorteilhafte Strafberechnung im Agrargefängnis beendet worden wäre, was eine Verlängerung meiner Haftzeit um ein Jahr zur Folge gehabt hätte, was ich nicht bereit war, passiv zu akzeptieren, so dass ich mich anstelle der Demütigung für ein Leben auf der Flucht entschied.

Zu dem Vorwurf der kriminellen Vereinigung habe ich bereits Stellung genommen. Ich füge hinzu, dass die kriminelle Organisation mit eindeutigen Rollen und einer hierarchischen Struktur der Polizei- und Justizkomplex ist, der Tausende von Menschen foltert und inhaftiert, um das Monopol der staatlichen Gewalt durchzusetzen.

Wenn Sie nach dem schweren Waffenhandel suchen, sehen sie sich den grenzüberschreitenden Waffenhandel mit Waffensystemen an, die für die Abschlachtung ganzer Bevölkerungen bestimmt sind und an denen der griechische Staat aktiv beteiligt ist. Ein Beispiel sind die Raketen der neuesten Generation, die Griechenland an Saudi-Arabien verkauft hat, ein Land, in dem die Vergewaltigung minderjähriger Mädchen als legale Ehe gilt. Die vom griechischen Staat bereitgestellten Raketen wurden bei der Bombardierung des ärmsten Landes der Welt, Jemen, eingesetzt, um die Infrastruktur zu zerstören und Millionen von Menschen zu verhungern lassen. Natürlich wird kein*e Minister*in vor Gericht gezerrt werden. Massenmord und internationaler Handel mit schweren Waffen sind völlig legitime Aktivitäten. Wenn ich natürlich drei Handfeuerwaffen aus vergangenen Jahrzehnten besitze, werden sie als schwere Waffen bezeichnet und ich werde zusammen mit jeder*m, der zufällig neben mir steht, ins Gefängnis gebracht. Aber das ist das Wesen der Gesetze, die die Mächtigen vor der Rebellion der unteren Schichten schützen.

Was den Vorwurf des Raubes angeht, so gebe ich ihn an jede Bank zurück, deren Existenzgrundlage die Anhäufung von Reichtum und die Vergrößerung der sozialen Ungleichheiten ist. Raub ist die Gründung einer Bank, was ich getan habe, ist eine Umverteilung des Reichtums.

Und schließlich beschuldige ich jede*r Polizist*in, der*die von Berufs wegen Menschen verschleppt, foltert und in Handschellen in die staatlichen Kerker führt, wo ganze Leben zerstört werden, erneut des Raubes. Für diejenigen, die dafür beschuldigt werden, dass sie sich nicht mit dem riesigen Schlachthaus abfinden, zu dem die Staaten die Erde gemacht haben, dass sie nach Wegen suchen, außerhalb des Zustands der allgemeinen Gefangenschaft zu leben, gibt es Momente des Kampfes wie diesen, die die Schuld an ihre Verfolger*innen zurückgeben und das projizierte Bild der umgekehrten Realität, das als einzige Wahrheit auferlegt wurde, brechen.

Giannis Michailidis

[Deutschland] Kurze Auswertung zur Kundgebung und Demo „Laut, wütend und offensiv gegen Knäste"

quellen: criminalsforfreedom.noblogs.org



Zunächst wollen wir uns bei allen Unterstützer*innen, Redner*innen, Freund*innen und dem im Vorfeld erschienenden Unterstützungsaufruf von „Radical solidarity coordination" bedanken.

Auf der Gedenkkundgebung für Ferhat Mayouf gab es viele starke, teils sehr emotionale Redebeiträge von Gefangenen aus Moabit, deren Angehörigen, dem Mumia Berlin Bündnis, Death in Custody und der Migrantifa Berlin. Hier versammelten sich etwa 100 Menschen. Die Redebeiträge von den Gefangenen und Angehörigen findet ihr unten, verbreitet sie gerne.

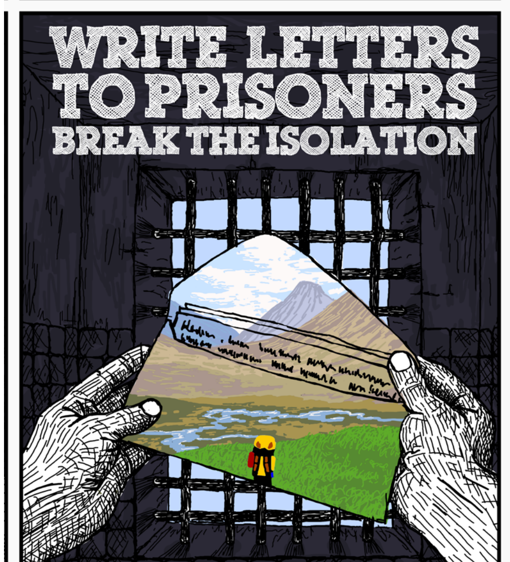
Die Demo zum Knast war durchgehend lautstark, obwohl wir dort lediglich 150-200 Menschen waren. Vorm Knast gab es ebenfalls ein sehr lautes Feuerwerk, welches die Demo zwar nicht sehen, dafür aber hören konnte. Den Gefangenen wurde von der Demo aus zugewunken, gerufen – aus den Zellen hallte es „Freiheit für alle" und es wurde zu „siamo tutti antifascisti" mitgeklatscht.

Insgesamt finden wir es sehr schade, dass sich schlussendlich doch nur 150-200 Menschen beteiligt haben – angesichts eines Mordes durch die Justiz fragen wir uns immer wieder, was es noch braucht, damit sich Berliner*innen der Repression entschlossen entgegenstellen. Die Frage haben wir allerdings schon des Öfteren gestellt und wollen sie an dieser Stelle nicht erneut diskutieren.

Vielmehr nutzen wir diese Zeilen nochmal, um auf die internationalistische Queer Pride heute ab 17 Uhr am Hermannplatz zu verweisen und auf die Einladung zum gemeinsamen Cornern ab 21 Uhr im Carlo Park.

Auch Carlo Giuliani wurde von der Justiz ermordet – vor 20 Jahren beim G8 Gipfel von Bullen erschossen und überfahren.





[Deutschland] Infos und Chronik über das §129-Verfahren um Lina E. und weiteren Beschuldigten

quellen: enough-is-enough14.org



Folgender Text soll einen Überblick über das §129-Verfahren geben in Folge dessen Lina nun in U-Haft sitzt und es in den letzten anderthalb Jahren zahlreiche Hausdurchsuchungen in Leipzig, Berlin und Weimar gab. Dabei soll mit diesem Text vor allem eine Informationsgabe erfolgen, welche nicht auf den Medien, irgendwelchen Fascho-Webseiten oder auf Pressemitteilungen der stattlichen Behörden beruhen. Somit wollen wir ein Stück der Informationshoheit zurückgewinnen: Wir werden eine kleine Chronik der Geschehnisse vorstellen. Zusätzlich wollen wir einige Methoden und Arbeitsweisen der Bullen darstellen, auf Nazis eingehen, welche in das Verfahren verwickelt sind und die Rolle des Generalbundesanwaltes thematisieren.

Bereits Anfang 2020 leitete das sächsische LKA ein Verfahren nach dem als „Schnüffelparagraphen" bekanntem §129 – „Gründung einer kriminellen Vereinigung" ein. Seit Sommer 2020 wird dieses vom Generalbundesanwalt geführt. Zum aktuellem Zeitpunkt sind 10 Personen beschuldigt, Mitglieder jener Gruppe zu sein, welche unter den Ermittlungen dargestellt wird. Gegen die ersten vier Personen wurde jetzt Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden erhoben, unter ihnen befindet sich auch Lina. Sie sitzt mittlerweile seit 8 Monaten in Untersuchungshaft. Den vier Angeklagten wird durch den GBA vorgeworfen „Mitglieder einer kriminellen Vereinigung" zu sein (§ 129 Abs. 1 StGB)", sowie sieben weitere Tatkomplexe, welche als vermeintliche Vereinigungstaten benannt werden. Aufgrund derer ergeben sich unterschiedliche Anklagepunkte: Von gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, besonders schwerem Landfriedensbruch, über räuberischen Diebstahl, Sachbeschädigung bis hin zur Urkundenfälschung. Welche Taten die Bullen in den fortlaufenden Ermittlungen den anderen Beschuldigten vorwerfen, ist nicht abzusehen. Aber wir kennen ja schon den Konstruktionseifer, den die sächsischen Bullen an den Tag legen.

Hier eine Chronik im Überblick:

→ Vorab eine wichtige Zusatzinformation:
§129 – neue Rechtsauslegung/ Veränderung seit 2018, auch ohne feste Vereinsstrukturen*

•August 2018 – laut GBA: Zeitpunkt der Gründung besagter kriminelle Vereinigung

•30. Oktober 2018 – Angriff auf Cedric Scholz in Wurzen, laut GBA: „…überfiel die Vereinigung zu fünft eine der rechten Szene zuzurechnende Person in Wurzen." (laut GBA: 1. Tatkomplex)

•08. Januar 2019 – Angriff auf einen Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz, während er eine Mütze von einer bekannten Nazikampfsportmarke trägt. (2. Tatkomplex)

•19. Oktober 2019 – Angriff auf Nazi-Kneipe „Bullseye" in Eisenach. Betreiber ist der Faschist Leon Ringel. Die Bilanz sind 6 verletzte Nazis und eine zerstörte Kneipe. (3. Tatkomplex)

•13. Dezember 2019: Lina wird in einem Leipziger Baumarkt von Security's angegangen und beschuldigt mehrere Hämmer geklaut zu haben. (4.Tatkomplex)

•14. Dezember 2019 – Angriff auf die Faschisten Maximilian Andreas, Robert Schwaab, Nils Ackermann und Leon Ringl (Betreiber der Nazikneipe „Bullseye"). Später werden in der Nähe von Eisenach zwei Fahrzeuge von den Bullen gestoppt und fünf Personen in Gewahrsam genommen. Am Abend des selbigen Tages werden alle nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung (ED-Behandlung) und einer DNA-Entnahme wieder entlassen. (5. Tatkomplex)

•Anfang 2020 – Das sächsische LKA regt ein Verfahren nach §129 „Bildung einer kriminellen Vereinigung" an.

•15. Februar 2020 – Angriff auf Faschisten in Wurzen, während deren Rückreise von einer Nazidemonstration in Dresden. Bilanz: fünf Faschisten bleiben liegen. (6. Tatkomplex)

Der GBA dazu: „…als Teil einer aus insgesamt etwa 15 bis 20 Personen bestehenden Gruppe an einem Überfall auf sechs Personen am Bahnhof in Wurzen. Die Opfer befanden sich auf dem Rückweg von einer Gedenkveranstaltung in Dresden anlässlich des 75. Jahrestags der Bombardierung der Stadt und gehörten zum Teil dem äußeren Anschein nach zur "rechten Szene."

•21.05.2020 – Gegen die in Eisenach Festgenommenen werden Beschlüsse zur längerfristigen Observation erlassen.

•03. Juni 2020 – Im Rahmen der Observationen wollen die Bullen zwei Personen dabei beobachtet haben, wie sie die Wohnanschrift des Faschisten Brian Engelmann in der Frohmannstraße 12 in Leipzig-Reudnitz ausspähen. (7.Tatkomplex)

Der GBA dazu: „Bedingt durch polizeiliche Gefahrenabwehrmaßnahmen konnte der Angriff nicht wie geplant durchgeführt werden."

•10. Juni 2020 – Die Soko LinX durchsucht mehrere Wohnungen in Leipzig, Weimar und einer weiten Stadt. Dies geschieht auf Gundlage der Vorwürfe, am 14.12.2019 und am 15.02.2020 Neo-Nazis in Eisenach bzw. Wurzen angegriffenen zu haben.

•10. Juli 2020 – 1. Inhaftierung von Lina, angeordnet durch das Amtsgericht Meiningen.

•15. Juli 2020 – Lina wird nach einer gerichtlichen Haftprüfung vorerst aus der Untersuchungshaft entlassen.

•Sommer 2020 – Der GBA übernimmt in Folge der Hausdurchsuchungen die Ermittlungen, für die zuvor die Staatsanwaltschaft Meiningen zuständig war.

•05. November 2020 – Lina wird zum 2. Mal verhaftet und verschleppt. Der Haftbefehl wurde am Vortag vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs gefertigt. Am Folgetag wird sie mit dem Helikopter nach Karlsruhe geflogen, wo ihr Haftbefehl vom BGH bestätigt wird.

•06. November 2020 – Der GBA gibt eine Pressemitteilung in Folge der Verhaftung von Lina raus und tritt mit den laufenden Ermittlungen das erste Mal in die Öffentlichkeit.

•08. Mai 2021 – Anklageerhebung gegen die vier Angeklagen, durch den GBA.

•01. Juni 2021: Erklärung der Verteidigung von Lina bezüglich der mittlerweile öffentlichen Anklageschrift:

"In dieses Bild passt es auch, dass die Bundesanwaltschaft nunmehr willkürlich vier Beschuldigte "abtrennt" und nur gegen sie Anklage erhebt. Hielte sie ihre Vereinigungs-Konstruktion tatsächlich für tragfähig, wäre es nicht zu einer so eng geführten Anklage gekommen.Aber auch die weiteren Vorwürfe gegen unsere Mandantin basieren zum Teil auf sehr dünner Beweislage. So basiert etwa der Vorwurf der "Ausspähung" eines später angegriffenen Neonazis auf einem einzigen Asservat, dessen Zuordnung zu ihr mehr als fraglich ist. Eine weitere Tat soll ihr im Wesentlichen mit der Behauptung nachgewiesen werden, ihr Lebensgefährte sei daran beteiligt gewesen. Wir gehen nicht davon aus, dass solche "Bonnie und Clyde" -Logik vor Gericht Bestand haben wird."

(https://twitter.com/RA_Elberling/status/1399760440834539525)

Zu den betreffenden Nazis:
Im Verfahren spielen Neonazis als Zeugen oder vermeintlich Geschädigte eine große Rolle. Diese wurden durch das ermittelnde LKA und die deutsche Presselandschaft immer wieder verharmlost und lediglich als Opfer dargestellt.Unter Anderem aus diesem Grund wollen wir abermals über einige der benannten Nazis und ihre Backgrounds aufklären:

Leon Ringl:
Leon Ringl ist seit einigen Jahren, neben Kevin Noeske, die zentrale Figur der Eisenacher Neonaziszene, welche in der Gruppe „Nationaler Aufbau" aktiv waren. Diese Gruppe lösten sich aufgrund von Repression auf, deren Strukturen aber existieren bis heute noch fort, und das obwohl Noeske mittlerweile in Erfurt lebt. Neben seiner Beteiligung am rechtsradikalen Kampfsport-Projekt Knockout 51 betreibt Leon Ringl die Fascho-Kneipe Bull's Eye in der Mühlhäuser Str. 61a in Eisenach.Besonders bekannt wurde er durch die Veröffentlichung seiner Verbindung zur US-amerikanischen Terrorgruppe „Atomwaffen Division":

„In den vergangenen Wochen wurde ein Leak des Neonazi-Forums "Ironmarch" veröffentlicht. Darin finden sich alle auf der Plattform verfassten Posts und privaten Nachrichten der User. Leon Ringl registrierte sich am 26. April 2017 in dem Forum, nachdem er von Aktivisten der "National Action" (NA) aus Großbritannien bei einem Aufmarsch am 1. Mai 2016 in Plauen von der Plattformgehört hatte."

(https://agst.noblogs.org/post/2020/01/27/leon-ringl-alias-antidemokrat-fan-der-terrorgruppe-atomwaffendivisionouting-zu-seinen-strukturen-nationaler-aufbau-eisenach-und-knockout-51/)

Maximilian Andreas:
Maximilian Andreas ist, wie Leon Ringl, fester Bestandteil der rechten Szene in Eisenach. Gerade im Hinblick auf dieses Verfahren, wo immer so getan wird, als hätte es keine Gewalt im Raum Eisenach gegeben stehen die Aktivitäten von Noeske, Ringl, Andreas und Co. im Widerspruch:

„Im Zeitraum von 2015 bis 2018 waren vor allem Noeske und Fischer, teilweise auch Andreas, nachts in Eisenach unterwegs und markierten die Straßen mit Stickern und Graffitis als "NS-Kiez", hinterließen Hakenkreuze, SS-Symbole und antisemitische Beleidgungen auf dem Gedenkstein der ehemaligen Synagoge, schlugen die Scheiben eines DGB-Autos ein und klauten dort ein Transparent, besprühten das Büro der Linkspartei, malten Morddrohungen aufs Pflaster, verprügelten Passant*innen, die Protest gegen Hitlergrüße äußerten und lauerten Antifaschist*innen vermummt und mit Pfefferspray bewaffnet im Dunkeln auf." (siehe: Link oben)

Nils Ackermann (ESA)
Zu dieser Gruppe ist auch Nils Ackermann zu zählen.

Brian Engelmann und Cedric Scholz:
Brian Engelmann und Cedric Scholz sind seit Jahren bekannte Rechtsradikale in Sachsen und insbesondere durch ihre Beteiligung am Angriff auf Connewitz 2016 aufgefallen.

(https://le1101.noblogs.org/post/2017/01/11/31-brian-engelmann/ und https://le1101.noblogs.org/post/2017/01/11/152-cedric-scholz/)

Zum LKA Sachsen (Landeskriminalamt Sachsen):
Das sächsische LKA (Landeskriminalamt) ist schon seit Jahren für ihre Verstrickungen in konservative bis hin zu rechtsextremen Kreisen bekannt und landet mit diesen regelmäßig in den Schlagzeilen. Ob das nun der LKA Beamte ist der mit Deutschland – Anglerhut bei PEGIDA in Dresden war, Munitionsdiebstähle durch die Spezialeinheit MEK (Mobiles Einsatzkommando) Dresden, einschließlich inoffiziellen Schießtrainings bei Rechtsextremen in Mecklenburg-Vorpommern oder das Entgegen-nehmen und Verwenden von Dossiers über vermeintliche Linksextreme, ausgehändigt von Rechtsextremen wie Enrico Böhm. Die Liste der Skandale und Verstrickungen lässt sich wahrscheinlich noch unendlich fortführen, aber auch alles nichts Neues und verwundern tut es mittlerweile wohl auch nicht mehr.Was jedoch interessant ist, ist dass die schon erwähnten Dossiers die von Rechtsextremen angefertigt wurden und dann von Enrico Böhm und seiner Ex-Lebensgefährtin Annemarie K. an das sächsische LKA weitergegeben wurden, wahrscheinlich auch in diesen Ermittlungen von der Soko Linx als Stütze ihrer Theorien verwendet wurden. Das dazugehörige Treffen, samt Übergabe fand bereits im Oktober 2018 statt und dauerte laut Protokoll wohl eine Stunde und 20 Minuten, in dem Annemarie K. genug Zeit blieb, ihre Theorien über Leute und deren Beziehungen zueinander darzulegen und womöglich den Anstoß für einige Ermittlungen gegen ihre Feinde zu geben. Aber wer weiß schon wie viel Einfluss das auf die Entscheidung der Sicherheitsbehörden hatte?!

Ansonsten hat das LKA Sachsen die letzten Jahren keine nennenswerten Erfolge im Bereich Linksextremismus vorzuweisen. Auch die Neugründung der Soko Linx im Jahre 2019 als Nachfolge-Organisation der GEG-LE (Gemeinsame Ermittlungsgruppe Linksextremismus) konnte daran bisher nicht viel ändern. Aufgrund dessen können wir uns vorstellen unter welchem großem Ermittlungs- und Erfolgsdruck die Behörden stehen. Gerade in einer Stadt wie Leipzig, in der so viel möglich war die letzten Jahre und die unsere Kämpfe bundesweit bereichert und zusammengeführt hat.

Jedoch haben die sächsischen Cops bei den Ermittlungen unter dem §129 und anderen großen Ermittlungen nun die Möglichkeit, ihre ganze Spanne an operativen Maßnahmen und anderen Ermittlungsmethoden zu nutzen und sie zögern nicht, diese auch anzuwenden. So wurden Personen observiert, DNA-Entnahmen, Telekommunikationsüberwachungen und Finanzermittlungen angeordnet, sowie eine Vielzahl an Hausdurchsuchungen durchgeführt – samt der Beschlagnahmungund Verwüstung ganzer Haushalte.

Zum Generalbundesanwalt / Bundesanwaltschaft:
Der GBA (Generalbundesanwalt) ist bei diesen Ermittlungen seit der Übernahme von der Staatsanwaltschaft Meiningen, federführend. Er ist die höchste anklagende Instanz in der Bundesrepublik und sitzt am Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Sein Aufgabenbereich ist nach eigener Darstellung, die Bekämpfung von Terrorismus und Spionage, sowie die Zuständigkeit bei Revisionen und Verfahren nach dem Völkerstrafrecht. Daher ist er für Verfahren nach §129a zuständig und bei Verfahren nach §129 nur wenn diese sich in der Nähe zum Terrorismus befinden. Deswegen ist es nicht verwunderlich dass er, seit der Übernahme der Ermittlungen, immer wieder die angebliche Nähe zum Terrorismus herbei konstruiert und versucht mit dieser zu argumentieren um sich selbst und seine Zuständigkeit zu rechtfertigen. Daher ist es für uns nicht verständlich wie in einem Verfahren, in dem es um gefährliche Körperverletzung und schweren Landfriedensbruch geht, in die Zuständigkeit des GBA gehört. Besonders da wir in letzter Zeit so viel von Waffen, Munition und Sprengstoff in den Zeitungen der Republik lesen, gleichwohl uns bewusst ist, dass der GBA eine politische Institution ist, welche hier offensichtlich bewusst in Zusammenarbeit mit dem Oberlandesgericht Dresden als Instrument zur Bekämpfung unsere Bewegung eingesetzt wird. So sehen wir es auch in seiner Verantwortung das scheinbar dauerhaft Ermittlungsakten an die Presse und Nazis durchsickern, auch wenn der Ursprung vielleicht bei den sächsischen Bullen liegt. Zumindest scheint er nicht gewillt zu sein dies zu unterbinden. Entweder wegen mangelnden Interesses seinerseits, oder es fehlt ihm über die nötige Kontrolle über die, ihm unterstellten exekutiven Behörden – was bei den Vorgängen innerhalb der deutschen Bullen auch nicht verwundern würde. Es wäre jedoch für ihn und den deutschen Staat ein weiteres Armutszeugnis.

Zur Rolle der öffentlichen Medien und Presse:
Um vorneweg etwas klarzustellen: Wir haben nie erwartet das bei einem solchen Verfahren die deutsche Medienlandschaft mit produktiven und diskursiven Artikeln und Beiträgen reagiert. Jedoch zeigt sich diese mit ihren hetzerischen, sexistischen und menschenverachtenden Inhalten mal wieder von ihrer „besten" Seite. Da verwundert es auch nicht das Welt, Focus und Bild ganz vorne mit dabei sind, es ist ja schon seit den 70-er Jahren bekannt für welche konservativen und rechten Werte diese Pressehäuser einstehen.

Zum Abschluss:
Wir hoffen, mit diesem Text ein bisschen Klarheit in die Wirren dieses Verfahrens bringen zu können. Unterstützt die Betroffenen, kommt zum Verfahren und schafft solidarische Bezüge!

Kommt am 31.07.2021, zur Demo „ANTIFASCHISMUS VERVIELFÄLTIGEN! – Gegen Faschismus, Staat und ihre Handlanger!" nach Weimar!

Startpunkt: 18 Uhr, August-Baudert-Platz (Bahnhofsvorplatz, Weimar)

– Soligruppe der im 129er-Verfahren Beschuldigten aus Weimar / Juli 2021 –

*Seit 2018 hat sich die Auslegung des 129er Paragrafen verändert. Mittlerweile ist es für eine Verurteilung nicht mehr zwingend notwendig eine gemeinsame Organisation an sich nachzuweisen, sondern es reicht schon eine gemeinsame Zielstellung, die „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" bestrebt ist. Aus diesem Grund ist es kaum möglich, dass aktuelle 129er-Verfahren mit anderen bisherigen gleichzusetzen.

[Deutschland] Freiheit für Ella!

quelle: abcdd.org



Am 23.06.2021 wurde Klimaaktivistin Ella/UP1 in Hessen zu 2 Jahren und 3 Monaten Haft im Kontext der Räumung des Dannenröder Waldes verurteilt. Fast zeitgleich am 29.06.2021 kassierte ein hessischer Nazi-Bulle einen Freispruch und eine Bewährungsstrafe. Während der hessische Cop NS-Devotionalien sammelte, Waffen und Sprengstoff veruntreute, rassistische, antisemitische und sexistische Hetze betrieb, besetzte Ella Bäume im #Dannibleibt für eine lebenswerte Zukunft.

Das Urteil basiert auf den Aussagen von zwei hessischen SEK-Beamten, welche Ella bei ihrer Verhaftung in 15 m Höhe tätlich angegriffen haben soll. Wir erinnern uns: eben jenes SEK, welches auf Grund rassistischer Hetz-Chatgruppen aufgelöst wurde. Vor Gericht scheint dies jedoch der Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen keinen Abbruch zu tun. Bei einer Demonstration am 09.07.21 stellten Aktivist:innen die Gefangennahme von Ella durch das SEK nach.

Forsetzung nächste Seite rechts -->

Updates aus Italien

Operation Prometeo: Updates zum Prozess (Mai – Juli 2021)

quelle: brightonabc.org.uk, übersetzt von abc wien

Am 10. Mai begann die Verhandlung des „Prometeo“-Prozesses, in dem die anarchistischen Gefährt*innen Natascia, Beppe und Robert beschuldigt werden, drei Paketbomben an den ehemaligen Direktor des DAP (Dipartimento dell’Amministrazione Penitenziaria, „Abteilung für Strafvollzugsverwaltung“), Santi Consolo, und zwei Turiner Staatsanwälte, Roberto Sparagna und Antonio Rinaudo, geschickt zu haben. Der Prozess findet vor dem Schwurgericht von Genua statt, da die Anklageschrift (Artikel 280, Absatz 1 und Absatz 3) eine Strafe ab 20 Jahren Haft vorsieht. Die Verhandlung wurde per Videokonferenz für die beiden noch inhaftierten Gefährt*innen Natascia und Beppe abgehalten, die über einen Bildschirm aus den Gefängnissen von Santa Maria Capua Vetere bzw. Bologna an den Anhörungen „teilnahmen“. Die Verhandlung fand vom 10. Mai bis zum 2. Juni in zwei Sitzungen pro Woche statt, an denen zahlreiche Carabinieri der ROS (Raggruppamento Operativo Speciale) und Sachverständige der RIS (Reparto Investigazioni Scientifiche) teilnahmen, die von der Staatsanwaltschaft, vertreten durch Staatsanwalt Federico Manotti, und dem Zivilkläger, der Rinaudo vertrat, als Zeugen geladen waren.

Im Mittelpunkt der Anklage steht die Aussage des Turiner ROS-Generals Bogliacino, die zwei volle Tage dauerte und sich nicht auf konkrete Fakten bezog, sondern vor allem auf ideologische Fragen im Zusammenhang mit den angeklagten Gefährt*innen im Prozess, auf ihre zwischenmenschlichen Beziehungen und ihre Korrespondenz mit einigen Gefangenen, auf Internetrecherchen, die bis ins Jahr 2012 (!) zurückreichen und sich auf Nachrichten und öffentliche Diskussionen beziehen, sowie auf alltägliche Dialoge, die instrumentalisiert wurden, um zu erzwungenen Schlussfolgerungen zu gelangen. Dasselbe Drehbuch, das in ähnlichen Prozessen gegen andere Gefährt*innen verwendet wurde: Schließlich spielt die Suggestion in einem Prozess gegen Anarchist*innen eine wesentliche Rolle, erst recht, wenn man vor einer Geschworenenjury steht. Aus diesem Grund wurden auch viele Worte über die freundschaftlichen Beziehungen zu einem Gefährten verloren, der in der Vergangenheit unter dem Vorwurf des Terrorismus und des angeblichen Besitzes von Sprengstoff verhaftet wurde. In diesem Zuge haben die ROS dann die Solidarität mit den Angeklagten im Scripta-Manent-Prozess und mit einem anderen Gefangenen angeführt, um auf diese Weise die Motive und Abneigungen gegenüber denjenigen zu rechtfertigen, die in diesem Prozess die Angegriffenen sind – dem DAP und zwei Staatsanwälten, die an der Unterdrückung der Kämpfe beteiligt sind. Als ob diese Abneigung nicht von fast allen Rebell*innen, Anarchist*innen, Antagonist*innen oder Kriminellen geteilt würde, sei es aus Notwendigkeit oder aus Tugend.

Dieselben RIS-Experten waren nicht so sehr von der Tödlichkeit der fraglichen Paketbomben überzeugt, und der Zeuge, der versuchte, glaubwürdiger zu erscheinen, klammerte sich an nicht näher bezeichnete „von ihm privat durchgeführte Experimente“, Experimente, die er im Übrigen nicht einmal in der Verhandlung offenlegte, um die Tödlichkeit zu beweisen.

Die Zivilpartei benannte daraufhin eine eigene Liste von Zeug*innen, die sie in den Gerichtssaal bringen wollte, alle mit dem gleichen Tenor wie die oben genannten. Sie brachte dann Rinaudo und seine Frau persönlich in den Gerichtssaal, um ihr Schicksal als Verfolgte des gefährlichen gegnerischen Milieus zu schildern, wobei sie sich im Übrigen über die Daten einiger angeblicher Einschüchterungen widersprachen.

Die Verteidigung intervenierte durch das Kreuzverhör aller Zeug*innen, die Benennung von Sachverständigen wie eine*r Sprengstoffexpert*in und eine*r Gerichtsmediziner*in für die Typologie des Materials, eine*r Sachverständigen für die Zerlegung bestimmter Abhörmaßnahmen, die nach der inzwischen konsolidierten „cut and sew“-Technik von ROS und DIGOS (Divisione Investigazioni Generali e Operazioni Speciali, „Abteilung für allgemeine Ermittlungen und Sondereinsätze“, politische Abteilung der Staatspolizei), und schließlich mit eine*r Expert*in, um das Video zu analysieren, das laut Anklageschrift Beppe und Natascia vor und nach dem Kauf der mysteriösen Umschläge filmt. In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, dass das Geschäft, das Beppe und Natascia an jenem Tag betraten, nach Angaben der Staatsanwaltschaft das einzige war, das diese Art von Umschlägen in ganz Genua und Umgebung verkaufte (d.h. die einzigen Gebiete, in denen solche Kontrollen durchgeführt wurden). Natürlich reichte eine Recherche der Anwält*innen aus, um herauszufinden, dass die gleichen Umschläge auch in einem anderen Geschäft in Genua verkauft wurden, und zwar zu genau demselben Preis, der oben mit Bleistift angegeben war. Als wäre das nicht genug, kam dank der Kreuzverhöre der Anwält*innen auch noch ans Licht, dass die ROS dieses „Detail“ bereits kannten. Ein „Detail“, das sie absichtlich verschwiegen haben, um das erfundene Kartenhaus der Staatsanwaltschaft zu untermauern.

Während der Anhörung am 1. Juli äußerte sich Natascia zu ihrem Hungerstreik und ihrem Befinden im Gefängnis von Santa Maria Capua Vetere, welches sie daran hindert, ihre*n Anwält*in und ihre Angehörigen zu sehen.

Am 2. Juli fand eine abschließende Erklärung aller drei beschuldigten Gefährt*innen statt.

Das Gericht verschob den Abschluss des Ermittlungsverfahrens auf den 20. September, den Tag, an dem voraussichtlich die Plädoyers der Staatsanwaltschaft und des Zivilklägers mit der dazugehörigen Anklageschrift und dem Antrag auf Verurteilung stattfinden werden.

Der 27. und 28. September werden ganz der Verteidigung gewidmet sind, der 19. Oktober ist die letzte Anhörung für eventuelle Erwiderungen, und dann wird der Termin für das Urteil festgelegt werden müssen.

In der Zwischenzeit sind Natascia und Beppe seit mehr als zwei Jahren im Gefängnis eingesperrt. Natascia befindet sich seit 20 Tagen im Hungerstreik und ist entschlossen, keinen Bissen mehr zu essen, solange sie im berüchtigten Gefängnis von Santa Maria Capua Vetere sitzt. Derselbe berüchtigte Ort – der Protagonist der Nachrichten dieser Tage [in Italien] – an dem die schweren Schläge vom April 2020 als Vergeltung für einen Protest der Gefangenen stattfanden. Dasselbe Gemetzel, von dem die Massenmedien und Institutionen nur in diesen Tagen Notiz zu nehmen scheinen, von dem wir aber wissen, dass es schon immer systematisch stattgefunden hat, in jedem Gefängnis, in jeder Kaserne, in jeder Polizeistation.

Unser ganzer Hass gilt denen, die versuchen, unsere Gefährt*innen in einer Zelle zu begraben.

An der Seite von Natascia, die seit 20 Tagen im Hungerstreik ist und gegen ihre erneute Verlegung in das Gefängnis von Santa Maria Capua Vetere kämpft.

An der Seite von Beppe und Robert, von allen inhaftierten Gefährt*innen und allen Gefangenen im Kampf.

Natascia wurde verlegt – neue Adresse

quelle: actforfree.noblogs.org, übersetzt von abc wien

Natascia geht es soweit gut und ihre Stimmung ist gut, zumal sie weiß, dass Anna [anarchistische Gefährtin, die im Scripta-Manent-Prozess gegen die Federazione Anarchica Informale, „Informelle Anarchistische Föderation“, zu 16 Jahren und 6 Monaten verurteilt wurde] ebenfalls im Rebibbia-Gefängnis ist und ihre Grüße erhalten hat, auch wenn Nastascia in einer Einzelzelle weit weg von Anna festgehalten wird und sie nicht miteinander sprechen können. Es scheint, dass Nats Verlegung dorthin dauerhaft ist, was sie überhaupt nicht stört: Tatsächlich sagte sie, dass sie nicht um eine weitere Verlegung bitten will und dortbleiben möchte.

Das Gefängnis hat ihr vier Besuchsstunden pro Monat genehmigt, sowohl von ihre*r Gefährt*in, der*die sie bereits vor der Verlegung besuchte sowie von ihrem Vater. Ihr Vater wird sie besuchen, sobald er kann (angesichts der Entfernung wurden Natascia auch Videoanrufe mit ihrem Vater erlaubt), während der*die Gefährt*in beabsichtigt, jeden Monat regelmäßige die Besuche vor Ort wahrzunehmen, möglicherweise durch Zusammenlegung der ihr zur Verfügung stehenden Besuchsstunden, um die Kosten für die Reise von Turin nach Rom und zurück zu reduzieren.

Natascia ist immer noch in Gefängnis-Quarantäne und wird es bis zum Ende dieser Woche noch bleiben (wahrscheinlich bis Samstag, 24. Juli), so dass der erste Besuch in der letzten Juliwoche mit de*r autorisierten Gefährt*in stattfinden wird.

Spenden für den Unterhalt der Gefährtin im Gefängnis und für die monatlichen Reisekosten, um sie zu besuchen und auch zu den Prozessterminen nach Genua zu kommen:
– Postepay evolution
intestata a Vanessa Ferrara
n° 5333 1710 9103 5440
IBAN: IT89U3608105138251086351095
(BIC/SWIFT): PPAYITR1XXX

– Postepay evolution
intestata a Ilaria Benedetta Pasini
n° 5333 1710 8931 9699
IBAN: IT43K3608105138213368613377

Briefe schreiben:

Natascia Savio
C. C. di Roma Rebibbia femminile
via Bartolo Longo 92
00156 Roma
Italia

Giuseppe Bruna
C. C. di Bologna “Dozza”
via del Gomito 2
40127 Bologna
Italia

Update zu Alfredo Cospito und Anna Beniamino

quelle: actforfree.noblogs.org, übersetzt von abc wien

Verlegung der Anarchistin Anna Beniamino aus dem Gefängnis von Messina nach Rebibbia in Rom (Italien, 17. Juli 2021)

Anna ist in das Rebibbia-Gefängnis in Rom verlegt worden [die Gefährtin wurde im Prozess Scripta Manent zu 16 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt].

Ihre neue Adresse lautet:

Anna Beniamino
C.C. di Roma Rebibbia femminile
Via Bartolo Longo 92
00156 Rom
Italien – Italien

AKTUELLER STAND ZUR SITUATION VON ALFREDO IM GEFÄNGNIS VON TERNI

Ende Juni erhielten wir die Nachricht, dass Alfredo in das Gefängnis von Terni verlegt worden war, wo es eine Abteilung für inhaftierte Revolutionäre gibt. Bis heute ist Alfredo jedoch immer noch in der „Transit“-Abteilung untergebracht, obwohl die durch die Coronavirus-Notverordnung verhängte Isolationszeit schon seit einigen Tagen vorbei ist.

Wir wissen nicht, warum Alfredo immer noch in Isolation ist, wir kennen die Pläne des DAP (Department of Penitentiary Administration) nicht und es interessiert uns auch nicht. Was wir wissen, ist, dass die Provokationen und Vorwände der Wärter eine historische Tatsache nicht auslöschen können: die Existenz eines Anarchismus der Aktion im Laufe der Jahre kann nicht durch Verurteilungen vor Gericht oder durch die Vorwände der Gefängniswärter ausgelöscht werden.

Die Geschichte von Alfredo, die Praktiken, derer er beschuldigt wird, das ist die Ansteckung, die sie fürchten. Aber diese Geschichte, diese Praktiken können nicht isoliert werden, keine Blase der Isolation kann halten; sie sind ein Erbe der revolutionären Bewegung.

In den kommenden Tagen, wenn die Situation anhält, werden wir darüber nachdenken, welche Formen der öffentlichen Solidarität wir ergreifen können.

Hier die Adresse von Alfredo:

Alfredo Cospito
C. C. di Terni
strada delle Campore 32
05100 Terni
Italien – Italien

Beginn der ersten Instanz der Operation Scintilla

quelle: actforfree.noblogs.org, übersetzt von abc wien

Die drei Anhörungen im Rahmen der Operation Scintilla endeten mit der Bestätigung der gesamten Anklageschrift durch den Generalstaatsanwalt und der Überstellung aller 18 Angeklagten für sämtliche vorgeworfenen Straftaten zur Verhandlung.

Offensichtlich wurden sowohl die Anstiftung zu einer Straftat als auch die subversive Vereinigung, d.h. Artikel 270 des Strafgesetzbuches, erneut bestätigt. Darüber hinaus bleiben die Anklagen wegen der verschiedenen Straftaten der Vereinigung unverändert, darunter die Platzierung von zwei Sprengsätzen in der Nähe zweier Geldautomaten der italienischen Post, die Beschädigung des Abschiebegefängnisses in Turin durch Brandstiftung […] und die Versendung eines Brandsatzes an Ladisa, ein Unternehmen, das die Kantine der Struktur des Corso Brunelleschi verwaltet.

Die nächste Anhörung der ersten Instanz ist für den 7. Oktober vor dem Gericht in Turin angesetzt. Es sei daran erinnert, dass Carla nach fast anderthalb Jahren Flucht und acht Monaten Haft seit etwas mehr als einer Woche ohne Einschränkungen unter Hausarrest steht. Alle anderen geringfügigen Maßnahmen im Zusammenhang mit diesem Verfahren wurden eingestellt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch an die Verlegung von Natascia in das Gefängnis von Rebibbia erinnern und auch ihre Adresse mitteilen. Sie wird nicht nur im Zusammenhang mit der Operation Prometeo angeklagt, sondern auch im Zusammenhang mit der Operation Scintilla.

[…]

Freiheit für alle!

--> **Forsetzung Free Ella**

Der gezeigte Ablauf orientierte sich laut den Aktivist:innen an Videoaufnahmen aus dem Danni, welche zahlreiche Vorwürfe gegen Ella widerlegen. Vor Gericht wurden diese nicht als Beweismittel zugelassen. Gegen das Urteil kann noch Revision eingelegt werden. Ella sitzt seit 8 Monaten in der JVA Preungesheim in Frankfurt am Main in Untersuchungshaft. Die ungewöhnlich lange Untersuchungshaft wurde mit der Verweigerung ihre Identität preiszugeben begründet. Sie sagt dazu im Interview:

„Dem Staat gefällt es nicht, dass sich unsere Identität als Aktivistinnen und Aktivisten auf unsere Gruppe bezieht. Er möchte uns zwingen, uns als einzelne zu erkennen zu geben.“

Aus der Performance wird deutlich, welchem Stumpfsinn Ella bei ihrer Festnahme ausgesetzt war. Ella, wir bewundern deinen Mut und deine Entschlossenheit in dieser beängstigenden Situation! Wir senden Dir Kraft und Kampfesgeist hinter die grauen Mauern!

Getroffen haben sie Ella, gemeit sind wir alle. Alle, die wir von einer Zukunft träumen, in der wir durch alte tiefe Wälder wandern, aus klaren Flüssen trinken und saubere Luft atmen können; von einer Zukunft in der Lebewesen und Natur in gegenseitiger Rücksichtnahme und Respekt leben; von einer Zukunft die nicht von zerstörerischem Neoliberalismus, sondern der freien Kooperation zwischen freien Lebewesen bestimmt wird! Lasst uns weiter für diesen Traum kämpfen!

„Wir haben nur diesen einen schönen Planeten und den müssen wir beschützen.“

Solidarität mit Ella! Solidarität mit allen Klimagerechtigkeitsaktivist:innen!

Zur Unterstützung von Ella und der Antirep-Arbeit des Legal Team Dannenröder Wald könnt ihr auf folgendes Konto spenden:
Konto: Spenden und Aktionen
IBAN: DE29 5139 0000 0092 8818 06
BIC: VBMHDE5FXXX
Bank: Volksbank Mittelhessen
Verwendungszweck: Antirepression A49

Schreibt Ella doch einen Brief:
Wichtig: Mensch spricht nur Spanisch und Englisch.

JVA Preungesheim
JVA 3 z.H. UWP Eins
Obere Kreuzäckerstraße 4
60435 Frankfurt am Main

Ankündigung des Counter-Surveillance Resource Center, ein Online-Hub für den Aufbau einer Kultur des Widerstands gegen Überwachung.

quelle: schwarzerpfeil.de

Auf der ganzen Welt sind Anarchist_innen und andere Rebell_innen aufgrund unserer Aktivitäten der Überwachung ausgesetzt. Überwachung kann von staatlichen Institutionen oder anderen Akteuren durchgeführt werden — zum Beispiel von privaten Ermittler_innen, Faschos, Söldner_innen und gesetzestreuen Bürger_innen. Überwachung kann dazu dienen, unsere Aktivitäten zu stören, Verhaftungen vorzunehmen, Verurteilungen zu sichern oder Schlimmeres.

Während sich die Technologien weiterentwickeln, bleiben einige Überwachungstechniken gleich, während andere sich ändern, um diese aufkommenden Technologien zu integrieren. Während die Cops uns immer noch in den Straßen folgen und Aufzeichnungen über uns in ihren Archiven aufbewahren, sind heutzutage Kameras überall, Drohnen fliegen über uns hinweg und die DNA-Forensik schickt viele Gefährt_innen ins Gefängnis.

Wir hatten das Gefühl, dass es an kollektiven Werkzeugen mangelt, um diese Probleme anzugehen, also haben wir eine Website erstellt, das Counter-Surveillance Resource Center (CSRC). Unser Ziel ist es, verschiedene Ressourcen an einem Ort zu sammeln, um Anarchist_innen und anderen Rebell_innen im Kampf gegen die Überwachung, die gegen uns durchgeführt wird, zu helfen. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit fördern und akzeptieren Einreichungen in allen Sprachen.

Wie vermeidet man es, Fingerabdrücke und andere Spuren während einer Aktion zu hinterlassen? Wie können wir Computer und Telefone sicherer nutzen? Was sollte man tun, wenn man den Verdacht hat, dass jemand ein_e Informant_in ist? Wie kann man mit den psychologischen Folgen der Klandestinität umgehen? Wie kann man Kameras auf der Straße zerstören? Ist das Ding, das du an deinem Auto gefunden hast, ein GPS-Tracker? Diese Fragen und mehr wollen wir beantworten.

Du kannst uns gerne Einsendungen, Übersetzungen oder Kommentare schicken. Besuche die Website unter: https://csrc.link